

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3gespaltene Petitzeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

An die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands!

Die Zeiten sind vorüber, wo man achselzuckend und kopfschüttelnd über die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft hinwegging, außerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sich eine Standesbewegung zu schaffen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung entsprach eben einem inneren Bedürfnisse, das tausende deutsche Arbeiter teilten! Und jemehr die Sozialdemokratie dahin trachtete, die deutsche Arbeiterschaft mit ihren religionsfeindlichen und revolutionären Gedanken zu durchdrängen, umso mehr mußten naturgemäß die Bestrebungen der christlich-national denkenden Arbeiter von steigendem Erfolg begleitet sein.

Heute sehen wir eine nach innen und außen gekräftigte christlich-nationale Arbeiterbewegung in Wirklichkeit, und merken den Geist dieser standesbewußten, aber auch von sozialem Zusammengehörigkeitsgefühl getragenen Bewegung in den geistigen und wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung will als **Kulturbewegung** betrachtet und gewertet sein. Sie hat ein Recht darauf; wird doch von ihren Bestrebungen der ganze Mensch, in all' seinen geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, in seinem religiösen Denken und seinem sittlichen Streben als Einzelner wie als Glied der Gesellschaft erfaßt. An Staat und Gesellschaft erhebt die Bewegung die Forderung, den arbeitenden Stand in seinem Ringen nach besserer Lebenshaltung zu unterstützen, ihn im staatsbürgerlichen Leben allen anderen Ständen gleich zu achten, gleichzeitig arbeitet sie darauf hin, im Arbeiterstande selbst die geistig-sittlichen Voraussetzungen zur Anteilnahme an den Kulturgütern unserer Zeit zu erfüllen. Das ist ihre Kulturmission.

Zur Erfüllung dieser gewaltig ausgedehnten kulturzerleberischen und reformerischen Aufgabe hat sich eine Arbeitsteilung unter verschiedene Organisationen als unumgänglich nötig erwiesen. Die Vertiefung des religiösen Gedankens und sittlichen Strebens im Arbeiter, die allgemeine soziale und wie überhaupt die harmonische Ausbildung der Geistes- und Gemütskräfte der Arbeiter, erheischen die Sammlung und die Arbeit in besonderen Organisationen — den konfessionellen (katholischen und evangelischen) Arbeitervereinen. Andererseits ist das speziell berufswirtschaftliche Interessengebiet der Arbeiter so eigenartig und in seinen Beziehungen so ausgedehnt, daß zu dessen wirksamer Wahrnehmung eine möglichst umfassende und starke beruflich gegliederte Gewerkschaftsorganisation unbedingt von Nöten ist. Das geschichtliche Werden und die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat der christlich-nationalen Arbeiterschaft die Sammlung in besonderen Organisationen, den christlichen Gewerkschaften, gefordert. Nur von ihnen kann hier die Rede sein.

Konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften sind somit zur Erreichung der Ziele, die sich die christlich-nationale Arbeiterschaft gesteckt hat, unentbehrlich. Sie sind zwei Armen zu vergleichen, die der christliche Arbeiter zur Hebung seiner Standeslage gleichermaßen gebrauchen muß.

Nun besteht die Tatsache, daß, wie die Mitgliederverhältnisse der konfessionellen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften ausweisen, ein großer Teil der christlich-nationalen Arbeiterschaft Deutschlands sich der Notwendigkeit beider Standesorganisationen bis heute nicht bewußt geworden ist. Tausende gehören den christlichen Berufsverbänden an und entziehen sich der Kulturarbeit in den konfessionellen Arbeitervereinen und umgekehrt stehen Tausende in konfessionellen Arbeitervereinen organisierte Arbeiter noch außerhalb ihrer christlichen Berufsverbände. Dieser Zustand muß auf beiden Seiten als mißlich, als Schwächung der Stöße der Bewegung angesehen werden. Ihm abzuhelfen haben sich die unterzeichneten Verbände der Arbeitervereine beider Konfessionen und der christlichen Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Vorgehen geeinigt.

Sie wenden sich in vorliegendem Aufruf an die christlich-nationale Arbeiterschaft, sie wollen dieselbe, fußend auf die hier gegebene Begründung, unter Hinweis auf das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung und der die Arbeiterbewegung, die soziale Reformarbeit wie das Volkswohl schädigenden Tendenzen der heutigen Sozialdemokratie, auffordern:

Mitglieder der christlichen Gewerkschaften tretet ein in die Arbeitervereine eurer Konfession.

Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine tretet den christlichen Gewerkschaften bei.

Christlich-national gesinnte Arbeiter! Verbrüder! euer kulturelles Streben durch die Zugehörigkeit zu den beiden Organisationen im eigenen, wie im Interesse des Standes und der nationalen Wohlfahrt!

Der Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands

J. A.: Dr. A. Pieper-M.-Glabbach.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands

J. A.: C. Walterbach-München.

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine

Namens desselben: Lic. Weber-M.-Glabbach.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Schiffer, Köster, Behrens, Wieber, Schmidt, Kurtscheid, Meicher, Giesberts, Stegerwald.

Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeiter-Vereine.

Erventlicher Weise bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeitervereine eine große Kultur- und Sozialaufgabe zu erfüllen und daher Hand in Hand sich gegenseitig stützen und fördern müssen. Dieser Gedanke kommt in einem gemeinsamen Aufruf, den die Vorstände der Verbände in der gesamten Presse veröffentlichen, in eklatanter Weise zum Durchbruch. Nachdem die sozialistischen Gewerkschaften sich jetzt aufs engste mit der Sozialdemokratie verbunden, ist es doppelte Pflicht der christlichen Arbeiter, auch ihre Kräfte zu sammeln, um so eine Macht zu werden, die der sozialdemokratischen nicht nur gewachsen, sondern überlegen ist, weil nur so wirksam das Arbeiterinteresse vertreten werden kann.

Mit Recht weist der Aufruf darauf hin, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine selbständige Standesbewegung sein will. Die Arbeiter, welche sich hier zusammenschließen, wollen nicht die andern Stände verdrängen oder entrechteten; deshalb weisen sie den einseitigen Klassenkampf von sich ab, sie wollen ihrem Stande, aber auch der Gesamtheit dienen auf dem Boden des Rechtes und der christlichen Sittengesetze.

Andererseits wollen sie die Arbeiter zu einem sich selbstbewußtem Stande erziehen, der nicht bloß Pflichten hat, sich beschreiben muß, was von anderer Seite fällt, sondern der auch Rechte hat als gleichberechtigter Staatsbürger mit den andern Ständen. Ein gesundes Standesbewußtsein und Standesstolz bei den Arbeitern zu wecken und zu pflegen, ist die erste und unerlässliche Voraussetzung, um auf allen Gebieten die geistigen und materiellen Interessen wahrzunehmen.

Der müssen Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten, ein jeder Teil auf seinem Gebiete, wenn das Ziel erreicht werden soll.

Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ist an erster Stelle Aufgabe der Gewerkschaften. Hier haben sich die Arbeiter nach Berufen abgesondert und können so am wirksamsten und sachkundigsten in das Gebiet der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingreifen. Auch die Abschließung der Tarifverträge, die Ausübung des Arbeitsvertrags, Lohnkämpfe, ist das Gebiet, welches an erster Stelle den Gewerkschaften vorbehalten bleibt.

Im Arbeiterverein aber gewinnen die Gewerkschaften eine Hilfe in ihren Bestrebungen. Es wird den Arbeitern die der Gewerkschaft fern stehen, die nötige Belehrung und Anregung zu teil, Gewerkschaftler zu werden; es wird den christlichen Gewerkschaften eine Vertiefung ihres Wissens und ein Ansporn zur weiteren Arbeit geboten.

Im Arbeiterverein soll auch für das übrige wirtschaftliche Gebiet, denn dieses ist mit der Beilegung des Arbeitsvertrages nicht abgeschlossen, ähnliche Arbeit geleistet werden, wie sie zur Bildung der Gewerkschaften von ihnen geleistet worden ist. Da soll z. B. im Wohnungswesen Belehrung über die notwendigen Einrichtungen geboten und sollen die Arbeiter angeregt werden, Mietervereine, Baugenossenschaften usw. zu errichten. Da soll den Arbeitern über die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung die notwendige Aufklärung zu teil und der erfolgreiche Weg gewiesen werden.

Dagegen die Wahrung der religiösen Aufgaben kann von den Gewerkschaften nicht erfüllt werden. Das Wesen der gewerkschaftlichen Aufgaben beruht in der Wahrung der Interessen des Arbeitsvertrages. Möglichst alle Angehörigen des betreffenden Berufes müssen der Organisation angehören, wenn sie nachvoll sein will; darum dürfen Fragen in ihr nicht erörtert werden, die mit ihren Aufgaben nichts zu tun haben und die nur Uneinigkeit unter den in religiösen Fragen verschieden denkenden Mitgliedern bewirken würden.

Und doch, wo heute die Sozialdemokratie in das wirtschaftliche Leben Bestrebungen gegen das Christentum hineinzieht, erweist sich die christliche Gewerkschaftsbewegung für alle, die um die Erhaltung religiösen Denkens und Fühlens besorgt sind, von großem Nutzen. Sie hält aus der gewerkschaftlichen Bewegung, diesem wichtigsten Mittel der Besserung der sozialen Verhältnisse, die religionsfeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie fern.

Aber das Fernhalten von ungläubigen Bestrebungen darf nicht genügen. Der Arbeiter muß seine religiösen Kenntnisse vertiefen, zumal, um sie gegen

nerischen Angriffen gegenüber zu verteidigen, er muß auch praktisch seine Religion leben durch Erfüllung ihrer Pflichten, durch religiöse Erziehung der Kinder etc., und das alles muß er, je mehr die Möglichkeit eintritt, daß ihn Gefahren des öffentlichen Lebens davon abhalten oder ihn daran verhindern. Der Arbeiterverein ist die Stätte, wo durch Vorträge etc. das erreicht wird.

So werden dadurch die Arbeiter vor der antireligiösen sozialdemokratischen Bewegung bewahrt, und den christlichen Gewerkschaften zugeführt.

Auch die sittliche Hebung des Arbeiterstandes ist ein Programmpunkt, welche beide Korporationen sich zur Aufgabe gestellt haben. Den Gewerkschaften steht auch hierin, wenn auch nicht an erster Stelle, eine große Aufgabe zu. In Fabrik und Arbeitsplätzen arbeiten verschiedene Geschlechter nebeneinander. Zwar hat die Gesetzgebung in mancher Beziehung schützend eingegriffen durch Vorschriften über Trennung der Geschlechter, über Wahrung von Anstand und Sitte. Den Gewerkschaften liegt ob, darüber zu wachen, daß diese Vorschriften zur Durchführung kommen, daß sie gegebenenfalls vervollkommen werden. Durch Vorstellung bei den Arbeitgebern, durch Beschwerde bei der Gewerbeinspektion, den Polizeibehörden, durch Geißelung der Mißstände in der Öffentlichkeit usw. Sie sollen auch in den Kreisen der Arbeiter selbst alles das pflegen, was unter allen Menschen ohne Unterschied der Konfession als Förderung von Sittlichkeit und Anstand gilt, den Alkoholmißbrauch bekämpfen, rohes Benehmen aus ihren Reihen fernhalten, rohe Genußsucht und übertriebene Vergnügungssucht. Aber auch Arbeitervereine führen diese Arbeit fort und vervollkommen sie.

Sie bieten den Arbeitern vor allem auch die innere Festigkeit des Charakters, die den Versuchungen Widerstand leistet. Darum muß der christliche Arbeiter, der im sittlichen Leben des Volkes die Bürgerschaft für dessen Wohlfahrt erbringt, auf die Mitwirkung der konfessionellen Arbeitervereine Bedacht nehmen.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Förderung der geistigen Bildung. Die Arbeiterbewegung ist eine Kulturbewegung. Die Arbeiter wollen nicht nur eine Hebung ihrer äußeren Lebensweise, bessere Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. — materielle Kultur, sie wollen auch an den geistigen Gütern der Nation Anteil haben — geistige Kultur.

Die Gewerkschaft dient zwar in erster Linie der ersteren Aufgabe. Aber damit schafft sie auch den Boden für die geistige Aufwärtsbewegung. Arbeiter mit besseren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit sind für die Fortbildung und edle Genüsse geistiger Freuden empfänglicher; sie erhalten das Gefühl der Selbstverantwortung und der Selbständigkeit, diese Grundlage des geistigen Fortwärtstreibens. Die Gewerkschaft erzieht den Arbeiter zur Disziplin, zum Opfertum für andere und hebt ihn dadurch über die ausschließlich selbstüchtigen Interessen hinweg. Auch Belehrungen über die Fragen des Gewerkschaftswesens und deren Aufgaben erweitern und schärfen den geistigen Blick. Auf diese Arbeit kann sich erst das Werk einer kulturellen Hebung des Arbeiterstandes aufbauen.

Die Arbeitervereine sollen das Werk fortsetzen und begünstigen.

Dort soll der Wert wahrer Bildung dem Arbeiter erschlossen, wahrer Bildung, die nicht bloß in der Ausbildung der Verstandeskraft, sondern auch in der Pflege von Herz und Gemüt besteht. Dort soll dem Arbeiter höhere Allgemeinbildung zuteil werden. Er soll mit den Schätzen der Wissenschaft, der Literatur, mit dem, was die Menschheitsgeschichte lehrt, vertraut gemacht, soweit Zeit und Fähigkeit dem Arbeiter dafür zu Gebote stehen. Vorträge, Bibliotheken, Anweisungen über Literatur und so weiter sollen hierzu dienen.

Auch bei dem Kapitel: Fortführung der Sozialreform, sollen Arbeitervereine und Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen. Dieselbe hängt nicht zuletzt von der Erstarbung und dem Einfluß der christlichen nationalen Arbeiterbewegung ab.

Dieser Einfluß wird in der Regel gemessen an dem Ausmaß der sozialpolitischen Wahlen und inwieweit die christliche Gewerkschaftsbewegung bei Wahlbewegungen usw. beteiligt ist. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung zählt heute mehr als 1 1/2 Millionen Mitglieder und verfügt über eine Jahreseinnahme von über 30 Millionen Mark. Will die christliche Arbeiterbewegung im Wirtschaftsleben zur Geltung gelangen, dann müssen alle christlich gesinnten Arbeiter die christliche Gewerkschaftsbewegung stärken. Es gilt keine Zeit mehr zu verlieren,

So sind Gewerkschaften und Arbeitervereine aufeinander angewiesen. Darum ist es kein Zufall, daß sie sich auf dem Kongress der christlich-nationalen Arbeiter zusammenschließen, der zum ersten Male 1903 in Frankfurt tagte und im Januar 1907 in Berlin seine Fortsetzung findet.

Ein Arbeitervereinsmitglied, welches nicht einer christlichen Gewerkschaft angehört, ist kein ganzer Mann, wie umgekehrt ein christlicher Gewerkschaftler nicht seine Pflicht erfüllt, der nicht Mitglied eines konfessionellen Arbeitervereins ist. Möge dieser Gedanke überall festen Boden fassen und beherzigt werden, dann werden die Früchte einer gemeinsamen Agitation, welche seitens der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine in den kommenden Wochen inszeniert werden, — ihre Früchte zeitigen.

(Die „Berliner“ Richtung ist an dieser Aktion nicht beteiligt).

Aufgabe unserer Kollegen ist es nun, in dieser Aktion, welche an allen Orten eingeleitet werden soll, tätig einzugreifen. Stelle ein jeder seinen Mann; ein jeder sei ein Agitator! Lasse sich keiner die Arbeit verbrießen, einmal in dieser großen Agitationsaktion Trepp auf, Trepp ab zu laufen. Was die Gegner können, das müssen auch wir können. Sorge ein jeder Ortsvorstand, daß alle Metall- und chemische Arbeiter der konfessionellen Arbeitervereine Mitglieder unseres Verbandes werden, wie auch umgekehrt, alle unsere Mitglieder ihren konfessionellen Arbeitervereinen beitreten.

Christliche Metallarbeiter! zeigt, daß ihr euren Mann zu stellen wißt. Auf zur Arbeit! Auf zur eifrigen Agitation!

IV. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

J. B. Genf, den 30. Sept. 1906.

II.

Die Versammlung tagt in den altherwürdigen Räumen des Genfer Rathhauses. Der Besuch ist diesmal besonders stark. Die Präsenzliste weist 82 Teilnehmer auf, darunter 62 stimmberechtigte Delegierte der Sektionen. Im wesentlichen sieht man die alten Gesichter wieder. Aus Deutschland sind anwesend Freiherr von Berlepsch, Professor Franke (Soziale Praxis), Professor Sombart und Brentano (München), Dr. Pieper (Vollverein), Pfarrer Weber (evangelische Arbeitervereine), Tischendörfer, Giesberis, Goldschmidt. Außerdem sind aus Deutschland die Gewerbeinspektoren Bittmann (Karlsruhe), und Löber (Darmstadt), sowie P. Koch, (Sachverständiger in der Heimarbeiterfrage) anwesend. Das deutsche Ministerium des Innern ist vertreten durch Ministerialdirektor Dr. Caspar und Oberregierungsrat Dr. Koch. Von den anderen Ländern erwähnen wir den Minister a. D. Millerand, Professor Sah, die Industriellen Vortain und Strohl aus Frankreich, aus Belgien Viktor Brandts, Abg. Verhaegen, Professor Mahaim, aus Holland sind u. a. anwesend die Abg. Talma und Molens, aus der Schweiz Advokat Feigenwinter, Arbeitersekretär Greulich und Professor Reichesberg. Offizielle Vertreter haben folgende Regierungen gesandt: Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Ungarn, Italien, Schweden, Norwegen, Niederlande und die Schweiz. England ist nicht offiziell vertreten. Die erst kürzlich gegründete Sektion hat vier Damen als Delegierten entsandt, darunter zwei Sekretärinnen von Arbeiterinnenorganisationen, Fräulein Mar. Arthur und Sophy Sanger.

Die Verhandlungen leitete der Präsident Scheerer. In seiner herzlichsten Begrüßungsansprache gedankt er der verstorbenen Mitglieder, besonders des Herrn Dr. Mar. Hirsch. Mit lebhaftem Beifall nahm die Versammlung die Mitteilung entgegen, daß die internationale Regierungskonferenz in Bern am Tage vorher die Verträge bezüglich des Phosphorverbots und des Verbots der Nachtarbeit ratifiziert und unterschrieben habe. Auch England ist dem Vertrage beigetreten. Nicht unterschrieben haben Oesterreich, Ungarn, Schweden und Belgien. Man gibt aber die Hoffnung nicht auf, daß dieselben in nicht allzuferner Zeit beitreten werden. Präsident Scheerer bezeichnet das Zustandekommen dieser ersten internationalen Arbeiterschutzverträge als einen Erfolg, der in erster Reihe der J. B. zu verdanken sei. Ohne Ueberspannung der Ziele soll in bisheriger Weise weitergearbeitet werden.

Nach den üblichen Begrüßungen seitens der Regierungen werden die Kommissionen zur Beratung der einzelnen Punkte der Tagesordnung

gebildet, die sich gleich konstituieren und in die Beratung eintreten. Es sind fünf Kommissionen gewählt, die Donnerstag Nachmittag und Freitag Vormittag tagen. Am Freitag Nachmittag begannen die Beratungen der Generalversammlung über die Beschlüsse der Kommission. Wir geben im nachfolgenden den wesentlichen Teil der Beschlüsse wieder:

Das Bureau der I. B. wird beauftragt, den Staaten, welche die Arbeiterschutzverträge unterzeichnet haben, und den Staaten, welche die Vereinbarung finanziell unterstützen, den Dank der Versammlung auszusprechen. Ein schweizerischer Delegierter beantragt hierzu, den Staaten, welche die Verträge nicht unterschrieben haben, ein Misstrauensvotum auszusprechen. Mit Rücksicht darauf, daß man auch mit diesen Staaten in Zukunft noch zusammen arbeiten müsse und auch die letzteren Staaten das Arbeitsamt finanziell unterstützen, wurde das Misstrauensvotum mit 29 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Beschlossen wird, das Bulletin des Arbeitsamtes auch in englischer Sprache herauszugeben, damit die Bestrebungen der I. B. auch in den englisch sprechenden Ländern mehr zur Kenntnis und Beachtung kommen. Es wird hierfür ein Betrag von 4000 Frs. in den Etat gesetzt. Für die Beamten des Arbeitsamtes soll eine Pensionsversicherung bei einer leistungsfähigen Versicherungsanstalt genommen werden. Die Statuten der neugebildeten Sektionen in Ungarn, Spanien, Dänemark, England und Amerika werden genehmigt.

Als neue Aufgaben werden in Aussicht genommen:

„1. Die Sektionen werden beauftragt, dem Bureau einen Bericht über die Maßnahmen zu erstatten, die in jedem Lande durch Gesetz oder Verordnung zum Zwecke der Sicherung der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung ergriffen worden sind. Den Sektionen wird zu diesem Zwecke vom Bureau ein Fragebogen zugestellt werden. Das Bureau wird auf Grund der Beantwortungen dieses Fragebogens einen vergleichenden Bericht über die Formen der Durchführung der verschiedenen Arbeiterschutzgesetze ausarbeiten.

2. Das Bureau wird beauftragt, die Sektionen einzuladen, über den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit und die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der gewerblich tätigen Kinder Berichte zu erstatten und auf Grund dieser Berichte der nächsten Delegiertenversammlung einen zusammenfassenden Bericht vorzulegen.

3. Das Bureau wird beauftragt, auf Grund von Berichten, die es ein halbes Jahr vor der Delegiertenversammlung von den Sektionen einfordern wird, den Delegiertenversammlungen regelmäßig Bericht zu stellen über die Verwirklichung der von der internationalen Vereinigung geäußerten Wünsche.“

In der Diskussion wird speziell von Freiherr v. Berlepsch betont, daß die unter 1 und 2 gezeichneten Aufgaben als vorbereitende aufzufassen sind. Es soll dadurch die Durchführung und Weiterverfolgung der bereits in Angriff genommenen Arbeiten nicht gehindert werden.

Industrielle Gifte.

Der deutsche Referent zu dieser Frage ist Professor Commerfeld. Die Vereinigung hat über die industriellen Gifte und ihre schädliche Wirkung aus den einzelnen Ländern Berichte eingefordert. Das Phosphorverbot ist ein erster Erfolg der Bekämpfung der Giftgefahren. Die nächste Aufgabe ist, wo möglich entweder ein Verbot der Anwendung von Bleifarben oder scharfe Schutzbestimmungen international durchzuführen. Vorläufig ist die Frage im Stadium der Klärungsarbeit. Zur Bleifarbe wird beschlossen: In Verfolgung der Beschlüsse der Versammlung vom Jahre 1904 sollen die Landessektionen veranlaßt werden,

„1. sobald als möglich Sachkennner namhaft zu machen, welche ihrerseits in ihren Ländern Erhebungen anstellen und bis spätestens zum 1. Januar 1908 Bericht erstatten über die Gefahren bei der Herstellung und der Anwendung der Bleifarben, sowie in der keramischen und polygraphischen Industrie. Diese Berichte sind dem Bureau des internationalen Arbeitsamtes einzusenden, welches seinerseits drei Sachverständige aus drei verschiedenen Ländern ernennet. Diese stellen den Bericht zu einer einheitlichen Arbeit zusammen. Dieser Dreier-Kommission sind die beim Preisauschreiben eingelauenen Arbeiten, soweit sie es für möglich hält, zur Verfügung zu stellen.

2. Bis zum 1. März 1908 Berichte über das Verbot des Verbrauches der Bleifarben vorzulegen. — Diese Berichte sollen angeben, ob das Verbot

durch Gesetz oder auf dem Verwaltungswege angeordnet ist, ob es nur für öffentliche Arbeiten oder nur für Privatarbeiten oder beide gilt; sie sollen Kenntnis über das Ergebnis der Anwendung dieses Verbotes und auch über die Versuche, die etwa mit bleifreien Farben gemacht sein sollten, geben.“

Die Resolution verlangt in ihrem ersten Teil eine Darstellung der Erkrankungsgefahren, die sich ergeben haben, um im zweiten Teil Bericht über die Erfahrungen mit dem Verbot des Gebrauchs von Bleifarben. Eine weitere wichtige Aufgabe ist dem Bureau aufgetragen in folgender Resolution:

„In Ausführung des Beschlusses B, 76 der Generalversammlung von 1904 beauftragt die Kommission die Ernennung von 3 Sachverständigen aus 3 Ländern. Die Sachverständigen sollen beauftragt werden, unter Zugrundelegung der von den Landes-Sektionen eingegangenen Liste eine endgültige Aufstellung der wichtigsten gewerblichen Gifte nach dem Grade ihrer Gefährlichkeit auszuarbeiten.“

Bei der Unerfahrenheit, die noch auf dem Gebiete der gewerblichen Gifte herrscht, ist es freudig zu begrüßen, daß endlich einmal festgestellt wird, was gewerbliche Gifte sind und wie dieselben wirken.

Verbot der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter.

Das Referat hierzu erstattet Dr. Pieper-M. Gladbach. Nachdem mit dem Verbot der Nachtarbeit ein so guter Erfolg erzielt ist, liegt nichts näher, als nunmehr auch die gleiche Frage für die Jugendlichen zu untersuchen. In großem Umfang ist dieselbe speziell bei uns in Deutschland in der Industrie nicht vorhanden, da der § 136 der Gewerbeordnung bestimmt: Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter dürfen nicht vor 5 1/2 Uhr morgens beginnen und nicht nach 8 1/2 Uhr abends dauern. Damit ist für die Großindustrie in Deutschland die Nachtarbeit ausgeschlossen. Aber die Bestimmung hat nur für die Fabriken im Sinne der Gewerbeordnung Geltung und es gibt auch hier noch Ausnahmen, z. B. für Glashütten, Glasbleiereien usw. In einer Reihe anderer Länder, z. B. Belgien, ist die Nachtarbeit mehr verbreitet. Aus den verschiedenen Ländern liegen darüber Berichte vor.

Eine Schwierigkeit bestand in der Feststellung des Begriffs „jugendliche Arbeiter“. In Deutschland versteht man darunter das Alter von 14 bis 16 Jahren, in der Schweiz von 14 bis 18 Jahren. Der Beschluß der Versammlung verlangt für alle Jugendlichen bis zum 18. Jahre Verbot der Nachtarbeit. Derselbe lautet:

„1. Die Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Altersjahr soll im Allgemeinen verboten werden.

2. Das Verbot ist ein absolutes bis zum 14. Altersjahr.

3. Für Jugendliche im Alter von über 14 Jahren sind Ausnahmen gestattet:

- a) in Fällen höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Verhältnisse;
- b) in Industrien, deren Rohstoffe leichtem Verderben ausgesetzt sind.

4. Die Nachtarbeit ist gänzlich zu untersagen in offenen Verkaufsstellen, in Gast- und Schankwirtschaften wie auch in den kaufmännischen Kontoren.

5. Die Nachtruhe soll mindestens 11 Stunden betragen und jedenfalls in die Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens fallen.

6. Uebergangsbestimmungen können vorgeschrieben werden.

7. Die internationale Vereinigung spricht die Erwartung aus, daß die Inspektion ernstlich durchgeführt werde.

Die vorstehende Fassung wurde nach lebhafter Debatte unter Abänderung der von der Kommission vorgelegten angenommen mit einem Zusatzantrag von Berlepsch, nach welchem eine ständige Kommission eingesetzt wird, welche die Frage weiter verfolgt.

Der Maximalarbeitstag.

Es wird auffällig erscheinen, daß auf der Versammlung der I. B. die Frage des Maximalarbeitstages erörtert wird, da kaum Aussicht vorhanden ist, daß es in dieser Frage in absehbarer Zeit zu einer internationalen Verständigung kommen wird. Das hat auch die Kommission eingesehen und deshalb die Frage der internationalen Regelung offen gelassen und sich damit begnügt, sich im Prinzip für den gesetzlichen Maximalarbeitstag auszusprechen. Aber mit Recht nannte der deutsche Referent, Professor Sombart, es eine epochenmachende Tat, daß sich die

I. B. für das Prinzip des gesetzlichen Maximalarbeitstages ausgesprochen hat. Der Beschluß lautet:

„Die Internationale Vereinigung hält dafür:

1. daß die Festsetzung eines Maximalarbeitstages von hohem Interesse ist für die Erhaltung und Förderung der physischen und geistigen Kräfte der Arbeiter und Angestellten;

2. daß neben den durch die Anstrengungen der Berufsorganisationen bereits erzielten oder noch zu erzielenden Erfolge die Intervention des Gesetzgebers notwendig ist, um die allgemeine Festlegung eines Maximalarbeitstages zu ermöglichen;

3. daß, um über die Möglichkeit internationaler Verträge in dieser Frage orientiert zu sein, das internationale Arbeitsamt, der nächsten Generalversammlung Berichte einbringen sollte über:

- a) die Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter und Angestellten;
- b) die Wirkungen der bereits durch Gesetz, Verwaltungsmaßnahmen, der Privatinitiative und durch Arbeiterorganisationen erzielten Beschränkung des Maximalarbeitstages. Es ist dabei das Hauptaugenmerk darauf zu richten, welchen Einfluß die verkürzte Arbeitszeit auf die Produktion und die Entwicklung der Technik hat.

Das internationale Arbeitsamt ist befugt, diese Erhebungen auf einzelne Industriezweige zu beschränken, wenn es sich ergeben sollte, daß die Übernahme einer allgemeinen Enquete unüberhältnismäßigen Schwierigkeiten begegnen würde.“

In der Diskussion wünscht Giesberts-M. Gladbach, daß die Erhebungen des Arbeitsamtes beginnen möchten mit den Industrien, in denen eine starke Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit vorhanden sei und bei denen sich dieselbe aus gesundheitlichen Gründen am notwendigsten mache. Dies seien der Bergbau, die schwere Metall- und Hüttenindustrie und die Textilindustrie. Für den Bergbau müsse der Achtstundentag erreicht werden, das sei schon lange die Parole der Bergleute aller Länder. Hier könne es auch am allerersten zu einer internationalen Verständigung kommen, weil in allen Ländern bereits starke Organisationen der Bergleute vorhanden sind. Ebenso sei es in der Metall- und Hüttenindustrie. Hier sei für die schwere Feuerarbeit noch meist die zwölfstündige Schicht üblich. Er glaube zu diesem Wunsche umso mehr berechtigt zu sein, als über 100 000 christliche Bergleute und Metall- und Hüttenarbeiter Deutschlands der Gesellschaft für soziale Reform angehörten. Für die Textilindustrie müsse der Zehnstundentag ins Auge gefaßt werden. In den genannten Industrien seien in allen Ländern starke Arbeiterorganisationen vorhanden, welche den Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit einen mächtigen Hintergrund geben.

Goldschmidt, Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, erklärt sich mit Giesberts einverstanden.

Millevand-Frankreich greift die Anregung Giesberts auf und bezeichnet als nächst zu erstrebendes Ziel der Arbeitszeitbewegung den Achtstundentag für die Bergleute und den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen. In der Diskussion sprach noch Professor Brentano, der vor allen Dingen eine Feststellung der Wirkungen der verkürzten Arbeitszeit auf die Produktion und die Fortschritte der Technik wünscht, und Arbeiterssekretär Greulich, der einen Vorwurf Goldschmidts bezügl. der Tätigkeit der schweizerischen Arbeiterorganisationen in Arbeitszeitfragen zurückweist. Die Resolution wurde einstimmig mit lebhaftem Beifall angenommen.

(Schluß folgt).

Von der deutschen Arbeiterversicherung.

Nach den im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten neuesten Zahlen über die Krankenversicherung für die deutschen Arbeiter sind in den Jahren 1885 bis 1904 insgesamt 60 526 910 Erkrankungsfälle und 1 017 804 984 Krankheitsstage entschädigt worden. Allein im Jahre 1904 betrug die Zahl der entschädigten Erkrankungen nicht weniger als 4 642 679, und die Zahl der Krankheitsstage belief sich auf 90 051 510, beides die höchsten Zahlen, die in der Zeit der bestehenden Arbeiterversicherung überhaupt erreicht worden sind. Diese fortschreitende Entwicklung, welche die Wohltaten der staatlichen Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität einer immer größeren Anzahl von Arbeitern zuteil werden läßt, zeigt sich auch in der Höhe der Entschädigung. Während im Jahre 1903 im Durchschnitt für

den mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfall 18,42 Mk. bezahlt wurden, stieg diese Summe im Jahre 1904 auf 51,07 Mk. Im Jahre 1886 waren nur 27,67 Mk. für den Erkrankungsfall bezahlt worden.

Bei der Unfall- und Invalidenversicherung übersteigt zwar die Rentenentschädigung für die durch Unfall, Invalidität und Alter hervorgerufene Erwerbsunfähigkeit, immerhin befaßen sich auch diese Versicherungsgegenstände gleichfalls mit der Krankenfürsorge. Bei der Unfallversicherung kommen in Betracht die Fürsorge für die Verletzten innerhalb der gesetzlichen Wartezeit und das spätere Heilverfahren; bei der Invalidenversicherung die Heilbehandlung der Versicherten in Krankheitsfällen, welche Erwerbsunfähigkeit befürchten lassen, oder zur Hebung bestehender Erwerbsunfähigkeit. Die Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung haben die Fürsorge innerhalb der Wartezeit (in der Regel während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall) in der Zeit von 1893—1904 zusammen in 107 939 Fällen, im Jahre 1904 in 10 989 Fällen übernommen.

Abgesehen von der Fürsorge innerhalb der Wartezeit und der Heilanstaltsbehandlung sind 1904 von Trägern der Unfallversicherung 83 720 Personen im Heilverfahren behandelt worden, wobei unter Heilverfahren zu verstehen ist: freie ärztliche Behandlung, Arznei- und sonstige Heil- und Hilfsmittel, wie Krücken, Stützapparate und dergl. Auch hier ist die Zahl der Behandelten von Jahr zu Jahr gestiegen.

An Stelle der freien ärztlichen Behandlung und der Rentenzahlung kann von den Trägern der Unfallversicherung freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewährt werden. Es ist die Zustimmung der Verletzten und solcher Verletzter, die eine eigene Haushaltung haben, erforderlich, wenn nicht die Art der Verletzung eine besondere, nur in der Heilanstalt mögliche Behandlung, Verpflegung und Beobachtung erfordert. Wird der Verletzte in einer Heilanstalt untergebracht, so erhalten seine Angehörigen dieselben Unterstützungen (Angehörigenrente) wie im Todesfalle, auch kann im Falle der Bedürftigkeit usw. noch eine besondere Unterstützung gewährt werden. Eine solche Heilanstaltspflege ist im Jahre 1904 insgesamt 29 041 Personen zuteil geworden, und es ist Angehörigenrente im Jahre 1904 an 49 451 Personen gezahlt worden. Der Kostenaufwand für Heilanstaltspflege betrug für eine behandelte Person im Jahre 1904 153,37 Mk., im Jahre 1886 nur 79,81 Mark.

Die Invalidenversicherung hat die Krankenfürsorge in den Jahren 1897—1904 insgesamt in 233 531 Krankheitsfällen, welche Erwerbsunfähigkeit befürchten ließen, oder zur Hebung bestehender Erwerbsunfähigkeit übernommen. Die Aufwendungen beliefen sich in 49 491 Fällen im Jahre 1904 auf 12 735 081 Mk., 1891—1904 auf 56 252 921 Mk. Dieser Aufwand ist in stetiger Steigerung begriffen.

Zum Ausstand auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“.

In der letzten Nr. des Verbandsorgans wurde schon berichtet, daß die Direktion des Hüttenwerks die angebotene Vermittlung der Reichstagsabg. Raden und Sittard abgelehnt hatte und infolgedessen die Situation unverändert sei.

Zwischen der Direktion und der Lohnkommission hat eine Besprechung stattgefunden, bei der die Firma ihren bisherigen rücksichtslos ablehnenden Standpunkt zum Teil noch schärfer hervorkehrte. In einer am 2. Oktober in Haaren stattgefundenen, von 2000 Personen besuchten Versammlung der Streikenden wurde von der Lohnkommission Bericht über die mit der Direktion gepflogenen Unterhandlungen erstattet. Die Direktion war zu der Versammlung eingeladen, hatte aber abgelehnt. Die Organisationsvertreter waren nicht zugegen, um der Firma zu zeigen, daß die Arbeiter nicht von den Führern verheßt und nur von diesen gehoben würden.

Einleitend wurde von den Berichterstattern bemerkt, daß die Direktion in keinem Punkte Entgegenkommen gezeigt hätte, eine Lohnerhöhung werde unter allen Umständen abgelehnt.

Zwischen der Direktion — so erklärte diese — und der Lohnkommission der Arbeiterschaft habe sich kein Dritter hineinzumischen, selbst wenn dieser Dritte der Herrgott im Himmel sei.

Zu den einzelnen Punkten der stattgefundenen Verhandlungen wurde sodann folgendes berichtet:

1. Zu dem Punkte Lohnfrage lehnte die Direktion jede Diskussion ab mit dem Hinweis darauf,

sie siehe noch immer auf dem Standpunkt ihres Flugblattes vom 2. August, betitelt: „An unsere Arbeiter.“ Ueber den von der Kommission aufgestellten Vergleich der Löhne auf dem Hüttenwerk Rote Erde mit denen anderer Werke entspann sich eine lebhafte Debatte.

Der Herr Direktor Kingle erklärte den Inhalt des von den Arbeitern herausgegebenen Flugblattes für grobe Unwahrheit, die ausgereut worden seien, um die Arbeiter und Öffentlichkeit irre zu führen. Trotzdem die Kommission den Nachweis führte, daß die Lohnangaben einzelner Gruppen, z. B. der Abfuhrarbeiter noch zu hoch seien, blieb der Herr Direktor auf seinem Standpunkt stehen.

Bezüglich der Frage der Arbeiteranschlüsse erklärte Direktor Kingle, er stehe den Arbeiteranschlüssen nicht ablehnend gegenüber, indes hätte er es für unangebracht, dieser Frage in die Diskussion mit hineinzuziehen; auch habe der Gewerkeinspektionsbericht bewiesen, daß Arbeiteranschlüsse nicht immer in der Lage seien, Streiks zu verhindern. Nach der letzten Wahl des Krankenkassenvorstandes, an der sich die Arbeiter rege beteiligt hätten, habe er erklärt, der Krankenkassenvorstand könne auch andere Beschwerden vorbringen. Die Arbeiter könnten nicht beweisen, daß die Direktion jemals einem Arbeiter nicht Gehör geschenkt habe; eben so wenig könnten sie ableugnen, daß die Direktion die Lohnkommission fünf bis sechsmal empfangen habe; und doch habe dies alles den Streik nicht verhindern können.

Dem Direktor wurde erwidert, die Gewerbe-Inspektoren seien zwar nicht alle für Arbeiter-Anschlüsse. Es gebe auch solche, die dieser Einrichtung das Wort reden; daß Direktor Kingle ein offenes Ohr für den einzelnen Arbeiter habe, wollten wir nicht abstreiten, damit sei jedoch der Arbeiterschaft nicht gebient. Gehehe einem Arbeiter seitens eines Vorarbeiters oder Meisters unrecht, so werde nicht jeder dies der Direktion vortragen, zumal er eine finanzielle Schädigung durch den betr. Vorarbeiter oder Meister zu erwarten habe. Die Beschwerden anderer vorzutragen, würde jeder Arbeiter sich hätten, wenn er nicht von der Arbeiterschaft dazu autorisiert sei.

Bei der Wiedereinstellung der Arbeiter hätten sich alle einer ärztlichen Untersuchung zu unterzeichnen, erklärte der Direktor weiter; dabei solle jedoch in „wohlwollendster“ Weise verfahren werden. Auf die Frage der Kommission, ob die Arbeiter unter Ausrechterhaltung ihrer früheren Rechte wieder eingestellt würden, oder ob Arbeiter, die 10, 20 oder noch mehr Jahre auf dem Werk tätig gewesen seien, jetzt wieder als neu aufgenommen gelten sollten, gab Direktor Kingle zur Antwort, vorläufig seien die Streikenden nicht mehr Arbeiter des Werkes; würden sie wieder eingestellt, so hätten sie vor der Hand keinen Anspruch auf ihre alten Rechte, die sie vercherzt hätten; doch solle auch dieser Punkt wohlwollend geprüft werden. Auf die Frage: „Sollen Maßregelungen stattfinden oder werden alle Arbeiter wieder eingestellt werden?“ Zu diesem Punkte betonte Direktor Kingle, unter keinen Umständen würden alle Arbeiter eingestellt, niemand könne der Leitung verüben, daß sie diejenigen, die die Direktion mit Roth beworfen sie als Lumpen und Blutjäger bezeichnet habe, nicht wieder einstellte. Diese Arbeiter müßten doch von selbst darauf verzichten, bei Lumpen und Blutjägern Arbeit zu nehmen. Die Kommission bemerkte hierauf, es sei nicht bekannt, daß auch nur in einer einzigen Versammlung derartige Ausdrücke gefallen seien, die Berichte der Spione müßten mit großer Vorsicht aufgenommen werden, da derartige Leute um des eigenen Vorteils willen ihre Berichte tendenziös entstellten. Auch diesem Punkte wollte Direktor Kingle genauestens prüfen; die Zahl derer, die unter keinen Umständen wieder eingestellt werden, gab er auf unklare Frage auf 10 bis 12 an. Als wir bat, von einer solchen Maßregelung abzusehen, die doch böses Blut abgeben werde, erwiderte Direktor Kingle, dies sei keine Maßregelung; die Leute würden einfach nicht wieder eingestellt; er werde auch niemals verfahren, keine Maßregelung stattfinden zu lassen. Früher habe einmal ein Arbeiter einen Schrank erbrochen und sei deswegen entlassen worden; das habe man als Maßregelung ausgelegt und in einem Briefe, der die Schriftzüge Hartmanns getragen, habe man ihn des Vorbruchs beschuldigt. Trotz unserer Bemühungen erklärte Direktor Kingle, er werde unter keinen Umständen dulden, daß jene Elemente wieder eingestellt würden. — Als Resümee der Verhandlungen erklärte Direktor Kingle: Der Streik dreht sich jetzt nicht um die Geldfrage, die eine Neben-

frage ist; für die Leitung ist er jetzt eine Prinzipienfrage.

Bis vor zwei Jahren sei Ruhe und Frieden zwischen dem Werke und den Arbeitern gewesen; dann seien die Heker gekommen und hätten die Zwietschachtel gesät. Zuerst Wernerus, dann Hartmann (Hirsch-Dunder). Letzterer habe den Arbeitern vorgeschwindelt, die Hütte werde den Betrieb nicht stilllegen, dafür sei die Leitung zu knauserig. Nun haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, und wir legen die anderen Betriebe still, und da heißt es, wir hätten die Arbeiter auf die Straße gesetzt. Im Gegenteil, die Arbeiter haben es selbst getan.

Weiter sagt Herr Direktor Kingle: „Die Arbeiter tun uns leid, hätte die Leitung mit ihnen allein zu tun, so würde sie mit ihnen fertig werden. Der Kampf ist eine Prinzipienfrage, er richtet sich gegen Wernerus, Hartmann und Genossen, die, wenn sie hier fertig sind, in anderen Städten ihr Wesen weiter treiben! Traurig ist, daß die Arbeiter auf der Straße liegen; wir haben Aufträge und die Kunden müssen warten. Wir werden aber unseren Standpunkt beibehalten bis zum Erzeh.“

Wie unendlich gnädig von der Millionenfirma, die Arbeiter „tun ihr leid.“

Nach dieser schroff ablehnenden Haltung der Hütten-Direktion ist eine Bestätigung vorerst ausgeschlossen. Mit großer Majorität wurde öffentliche Abstimmung beschlossen. Dieselbe ergab den einstimmigen Beschluß, weiter im Kampfe zu beharren.

Die Wirkungen dieses Kampfes machen sich schon für das Allgemeinwohl sehr bemerkbar. Die Geschäftskreise spüren den Ausfall und haben sich deshalb an die Leitung des Hüttenwerks gewandt.

Eine Eingabe der Geschäftskreise, die die baldige Inbetriebsetzung des Werks wünscht, weist über 2000 Unterschriften auf. Selbstverständlich werden ihre Wünsche auf Herrn Kirsdorf so wenig Eindruck machen, wie die Vermittlungsversuche der Herren Abg. Raden und Sittard. Welche Beurteilung der Prozenstandpunkt der Firma öffentlich erfährt, geht aus einer Aeußerung des gewiß nicht allzu arbeitshundlichen „Reichsboten“ hervor. Dieses Blatt schreibt mit Bezug auf die Hartköpfigkeit der Hütten-Direktion:

„So ist es recht, nur recht halsstarrig, bis es dahin kommt, daß die harten Köpfe mit Steinen oder Bomben zerschmettert werden. Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht so gut wie die Arbeitgeber; der ganze Haufe als solcher ist aber nicht verhandlungsfähig, er muß eine Vertretung wählen und der ebenfalls koalierte Arbeitgeber ist verpflichtet, mit derselben zu unterhandeln.“

Unsere Arbeiter sind nun Gott sei Dank viel zu vernünftig und weisen die vom Reichsboten befürworteten Mittel weit von sich ab. Wir müssen dringend fordern, daß trotz der ablehnenden Haltung der Direktion die Arbeiter die äußerste Ruhe und Besonnenheit bewahren. Andererseits werden wir später, nach dem Kampfe, noch Gelegenheit nehmen, um gewisse Vorkommnisse, welche die Stellung der Arbeiter erschwerten, und womit die Direktion in ihrem Widerstande von vornherein bestärkt wurde, einer Kritik zu unterziehen und dieses richtet sich insbesondere gegen die Hirsch-Dunder'schen Machinationen.

Wie der Arbeitgeber-Verband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppen des Vereins „Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen“ die Erfolge der Arbeiterorganisationen zu verkleinern sucht.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß durch die sozialdemokratischen Organisationen jede Verbesserung, welche durch die christlichen Gewerkschaften errungen, heruntergerissen wird. Des öfteren finden sie auch Helfershelfer und zwar aus Kreisen, wo man sie am wenigsten erwarten sollte. Unsern Kollegen und Lesern ist bekannt, wach einem schönen Erfolge die Arbeiter der Emmericher Maschinenfabrik und Eisengießerei durch unseren Verband erzielt haben. Freilich waren die Arbeiter gezwungen, in einen Streik einzutreten. Durch ein Rundschreiben vom 1. September des obengenannten Verbandes an seine Mitglieder wird es nun so hingestellt, als ob die Arbeiter nichts errungen resp. gar nicht in einen Streik hätten zu treten brauchen. Das Schreiben lautet: Der Streik auf der Emmericher Maschinenfabrik und Eisengießerei ist beendet. Die Arbeiter haben zu den Bedingungen, die ihnen vor dem Streik zugestanden wurden, die Arbeit wieder aufgenommen. Mit dem Vertre-

ter des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes wurde nicht verhandelt. —

Wir waren pass, als uns das Schreiben zu Gesicht kam. Einen anderen Zweck als eine Niederlage der Arbeiter, und einen ungerechten Streik daraus zu konzentrieren, kann das Schreiben nicht haben. Der Sachverhalt ist aber in Wirklichkeit ein ganz anderer. Als die Arbeiter in der Kündigung standen, hatte unser Bezirksleiter, Kollege Franz, eine einstündige Unterredung mit den Vertretern der Firma, die letztern erklärten sich bereit, die Akkordlöhne der Former um 15 Prozent zu erhöhen, an eine Aufbesserung der Stundenlöhne könne nicht gedacht werden. Am letzten Kündigungsstage versuchte eine Kommission der Arbeiter nochmals, eine Verständigung herbeizuführen, jedoch die Firma weigerte sich, mehr wie 3 Pfg. auf die Stunde zuzulegen. Daraufhin traten sämtliche Arbeiter in den Streik. Während desselben suchte die Firma um Verhandlungen nach, eine Einigung wurde aber auch hierbei nicht erzielt. Erst als mehrere Arbeiter kamen, um sich ein Zeugnis ausstellen zu lassen, um andere Arbeit anzunehmen, erklärte die Firma schriftlich, die Stundenlöhne eines jeden Facharbeiters um 6 Pfg. pro Stunde oder 60 Pfg. pro Tag zu erhöhen. Wie verlegen die Firma um die Arbeiter war, geht daraus hervor, daß sie Arbeiter, welche abgereist waren, durch eine Depesche wieder zurückholte. Aus allem diesem ist aber zu ersehen, daß die Arbeiter gezwungen waren, in den Streik zu treten, und daß das Kundschreiben des Arbeitgeber-Verbandes, gelinde gesagt, eine Unwahrheit ist. Fr.

Wie die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereiner Arbeiterinteressen vertreten,

beweist so recht die vor kurzem auf der westfälischen „Union“ in Hamm von den H.-D. eingeleitete und mit einer Niederlage (die ja vorauszu sehen war) endende Bewegung.

Bemerkte sei zunächst, daß vor kaum einem halben Jahr bei einer Bewegung der Drahtzieher auf oben genannten Werke die gestellten Forderungen den Arbeitern zum größten Teil bewilligt worden sind. Damals kam hauptsächlich unser Verband in Frage.

Nun suchte kaum ein viertel Jahr nachher, der Hirsch-Duncker'sche Gewerkverein eine neue Bewegung zu inszenieren. Zu diesem Zwecke wurde im Juli dieses Jahres von den Hirschen eine Ausschusskommission einberufen, zu der auch der örtliche Vorstand von unserem Verbands eingeladen war. In dieser Besprechung rügte der Vorsitzende unseres Verbandes, den im H.-D. Organ (Regulator) Nr. 28 vom 13. Juli 1906, den unter Hamm stehenden Artikel, in welchem uns vorgeworfen wird, die Haltung der Christlichen sei bei der letzten Bewegung eine unehrliche gewesen.

Der Vorstand des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes forderte ganz entschieden eine Richtigstellung des Artikels. Die Richtigstellung des Artikels wurde uns zugesagt, aber bis auf den heutigen Tag nicht gehalten. Auch sagte der Ausschuss der H.-D. Gewerkvereiner, so sei der Artikel nicht eingeleitet, das habe die Zentrale gemacht. Vielleicht aus dem Grunde, ihr eigenes Sägenemähe bei den Kollegen nicht aufzudecken. Aus Furcht, ihre eigenen Kollegen würden das Vertrauen zum Hirsch-Duncker'schen Gewerkverein verlieren.

Des ferneren wurde in den gemeinschaftlichen Sitzung von unserem Verbands mitgeteilt, daß die Leitung des Werkes den Arbeitern versprochen hatte, sie wollte so schnell wie möglich Sorge fragen, daß der diese Draht beseitigt werde. Dem H.-D. Gewerkvereiner aber war hiermit nicht gedient, sondern setzten eine Bewegung in Szene, außer des diesen Drahtes stellten sie noch Forderungen auf Lohnerhöhung bei einigen Nummern, usw. Daß dies in dem Moment nicht durchführbar war, war den christlich organisierten Arbeitern nicht allein klar, sondern auch ein großer Teil der H.-D. Mitglieder waren derselben Ansicht und machten die Bewegung nicht mit. Auch war es den christlich organisierten Arbeitern klar, daß diese Bewegung von den H.-D. nicht angeleitet werden sollte, um die Interessen der Arbeiter zu fördern, sondern um Agitation und Mitgliederfang zu betreiben. Gleichviel, ob die Bewegung verloren geht oder nicht.

Nachdem nun diese von den Hirschen inszenierte Bewegung ohne daß auch nur der geringste Erfolg zu verzeichnen war, als wertlos aufgehoben, suchte man den großen Reinfall auf die christlich organi-

zierten Arbeiter abzuwälzen, dagegen die Kollegen der H.-D., die die Bewegung nicht mitgemacht haben, sondern als einen Unstimm betrachteten, waren nicht die Sündenböcke, sondern die Christlichen. „Wer lacht da!“ — Seht wollen wir uns an den versuchten Christlichen rächen, dachte der Gewerkverein der Hirsch-Duncker und schritt zur Tat.

Von Vorstandsmitgliedern der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine wurde die Parole ausgegeben, von jetzt an solle feste drauf los gewühlt werden, damit es dieser Winter zum Abzuge kommt. Dann wollen wir den Christlichen schon zeigen, was sie sollen, dann holen wir das jetzt Versäumte nach. Diese Parole wurde auch mit ihrer ganzen Kraft, welche das Hochwird besitzt, befolgt. Allen voran zeigten sich an der Spitze der Wähler die Vorstandsmitglieder der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine. Hier fragen wir nun die Wähler des Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereins, wo bleiben da die Arbeiterinteressen, welche ihr vertreten wollt? Oder ist oben genannte Parole, drauf los zu arbeiten, daß es zum Abzuge kommt, auch eine Förderung von Arbeiterinteressen?

Arbeiter! Kehrt solchen Auch-Arbeiter-Organisationen den Rücken, die in so infamer Weise die Arbeiterinteressen zerstören.

Also aufgewacht ihr Arbeiter von Hamm und Umgebung! Trebet in Massen dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbands bei, zeigt den Hirsch-Duncker'schen Schreibern, daß ihr nicht gewillt seid, euch an der Nase herumführen zu lassen. Denn der christlich-soziale Metallarbeiter-Verband hat gezeigt, daß er voll und ganz die Interessen des Arbeiterstandes zu vertreten weiß.

Herr Jäger-Düsseldorf

hatte die Liebenswürdigkeit, unserer Aufforderung zufolge eine „ausklärende“ Zuschrift an uns zu richten.

Zwar hegt derselbe „starken Zweifel“, ob wir unser Versprechen halten und will eine „Probe aufs Exempel“ machen.

Über Herr Jäger, da kennen Sie Ihren „lieben“ Kollegen Wieber schlecht; der hält nicht nur, was er verspricht, sondern besitzt auch „Kollegialität“ genug, „freundschaftliche“ Zuschriften nicht abzuweisen. Umsoweniger, da es Herrn Kollege Jäger scheinbar sehr viel an unserer guten Meinung gelegen und er sich diesmal nicht auf den § 11 des Pressegesetzes beruft. Zwar kann die Zuschrift die Wirkung nicht bei uns hervorrufen, die er derselben beimißt; denn sie trifft nicht den Kern der Sache, um welche es sich handelt. Doch lassen wir zunächst Herrn Jäger zu Worte kommen. Derselbe schreibt:

Düsseldorf, den 5. 06.

Herrn Wieber!

In der heutigen Nummer Ihres Blattes drucken Sie ein Zirkular der hiesigen Brancheleitung der Former unseres Verbandes ab. Sie glauben, zwischen diesem Zirkular und den von mir eingesandten Berichtigungen einen Widerspruch entdeckt zu haben und fordern mich auf denselben aufzuklären, wobei Sie bemerken, diesbezüglichen Berichtigungen meinerseits Aufnahme zu gewähren. Ich hege zwar starke Zweifel, ob Sie Ihr Versprechen auch halten werden, mache aber auch die Probe aufs Exempel. Der Sachverhalt ist folgender.

Im März dieses Jahres gab die Brancheleitung der Former einige Sammel Listen heraus, um die 7 köpfige Familie des im vorigen Jahre verstorbenen Kollegen Debus zu unterstützen. Die Familie befand sich in grosser Not und konnte wie sie wohl selbst wissen werden, aus regulären Verhandlungsmitteln nichts erhalten. Es ging ein Betrag von 114,45 Mk. ein, welcher der Frau Debus übermittelt wurde. Etwa 8 Wochen später, als sich die Former einiger Werke am Ort schon längere Zeit im Streik befanden fasste die Brancheleitung der Former den Beschluss Sammel Listen herauszugeben, um den Streikenden neben ihrer regelmässigen Unterstützung einen Zuschuss von 2 Mark wöchentlich zu gewähren. Die regelmässige Streikunterstützung betrug für Verheiratete 16 Mark und für Ledige 14 Mark pro Woche und für jedes Kind 1 Mark bis 5 Mark

und bei längerer Streikdauer 18 Mark monatlich Mietsentschädigung.

Hierzu kam dann noch der freiwillige Beitrag der Former.

Bemerken will ich noch, dass diese Listen nur unter den Mitgliedern des deutschen Metallarbeiterverbandes zirkulierten.

Sie sehen also, dass Ihre Behauptung, wir hätten Listen für eine darrende Formerfamilie herausgegeben um die Streikkasse zu füllen, auf Unwahrheit beruhte. Die Adresse der Frau Debus stellen wir Ihnen auf Wunsch zur Verfügung.

Achtungsvoll H. Jäger.

Wir stellen also nochmals fest:

Die Tatsache bleibt trotz Zuschrift bestehen, daß im großen, 300 000 Mitglieder zählenden deutschen Metallarbeiterverband Sammlungen veranstaltet worden sind, um streikende Kollegen zu unterstützen, obwohl nur wenige Kollegen in Frage kamen. Darüber können alle Redewendungen des Herrn Jäger nicht hinwegtäuschen. Ob diese Sammlungen nun „nur“ unter „unseren Mitgliedern“ abgehalten werden oder nicht, darauf kommt es nicht an. Wer aber die Praxis der freien Verbändler kennt, der weiß, daß es nicht wahr ist, sie nehmen das Geld, wo sie es haben können. Oft besitzen sie die Dreistigkeit, sogar von Mitgliedern anderer Organisationen derartige Beiträge zu erlangen, von den Indifferenten ganz zu schweigen. Wir haben nichts dagegen, wenn die freien Verbändler eifrig sammeln, können unsere Kollegen solches nur als nachahmungswertes Beispiel vorführen; aber dann soll auch die sozial. Presse und die Anhänger der freien Verbände schweigen, wenn andere dergleichen tun und nicht bei jeder Gelegenheit ein Geschrei über andere erheben.

Nun aber zu den von Herrn Jäger angegebenen Unterstützungen. Die regelmäßigen Unterstützungen betragen im freien Verbands laut Statut 12 und 14 Mark, für jedes Kind eine Mark bis zur Höchstsumme von 19 Mark. Herr Jäger schreibt aber von 14 und 16 Mark; dazu noch 2 Mark Zulage und für jedes Kind eine Mark bis zu 5 Mark. Dann auch sollen noch 18 Mark monatlich für Mietsentschädigung gezahlt werden. Wenn das wahr ist, dann treibt man im freien Verbands geradezu Schindluder und gröblichen Mißbrauch mit den Mitgliedern und den Groschen der Arbeiter. In Berlin bei der Aussperrung sollten die jungen unberheirateten Mitglieder sogar auf ihre statutarische Unterstützung verzichten wegen Mangel an Geldmittel; den verheirateten Mitgliedern, welche die Karenzzeit nicht voll zurückgelegt hatten, wurden 6 und 8 Mark pro Woche ausbezahlt. In Dierlohn zur Zeit nur 3 und 5 Mark. Dagegen bei der Hand voll Leute in Düsseldorf sollen nach den Angaben von Herrn Jäger bis zu 27 Mar 50 Pfg. pro Woche Unterstützung gezahlt werden.

Da hört sich einfach alles auf. Der freie Verbands hat hunderttausende von Mitgliedern, welche nicht einmal bei schwerer Arbeit 27 Mark 50 Pfg. pro Woche verdienen. Der geringste Teil der Arbeiterchaft Deutschlands hat überhaupt einen solchen Wochenlohn zu verzeichnen. Aber um den streikenden Formern in Düsseldorf solch hohe Unterstützungen zahlen zu können, werden diejenigen Arbeiter, die bei ihrer Arbeit vielleicht viel weniger verdient haben, gebrandschägt, nur um mit hohen Unterstützungen prahlen zu können.

Es ist ja eine alte Gepflogenheit der freien Verbändler, bei wenigen Beteiligten mit hohen Unterstützungen um sich zu werfen, um der arbeitslosen Masse Sand in die Augen zu streuen und den Gläubigen zu erwecken, als seien im freien Verbands die Millionen nur so aufgeföhrt.

Dieses Gebaren ist, gelinde gesagt, zum mindesten grober Unfug, wodurch nur Leid und Zwietracht unter die Arbeiter gesät wird und womit dem einen genommen und dem anderen mit vollen Händen gegeben wird. Die Streikunterstützung soll die Arbeiter nur über die schwierigste Situation hinweghelfen, sie darf und kann nicht ein voller Ersatz des Lohnes, bilden, weil sonst dem Mißbrauch zum Streik geradezu Tür und Tor geöffnet würde. Wir sind Herrn Jäger für seine Zuschrift sehr dankbar, bestätigt dieselbe doch aufs neue, wie wenig im freien Verbands nach rechtlichen Grundfätzen gehandelt, sondern nur Gunst und Willkür entscheidend sind. Im übrigen hat Herr Jäger in seiner Zuschrift unge-

Vierzehn Prozent Dividende und dennoch Lohnreduzierung.

Die hiesige Presse brachte dieser Tage eine Notiz, daß den Arbeitern resp. Schleifern, der Abteilung für Britanniawaren in Schwerte, welche den vereinigten Nickelwerken zugehört, eine Lohnreduzierung von 10 bis 50 Prozent angekündigt oder schon erfolgt sei.

Diese Maßnahmen sind unverständlich. Erstens ist das Werk strotzend beschäftigt, zweitens konnten nach reichlichen Abschreibungen noch 14 Prozent Dividende verteilt werden. Angesichts solcher Vorgänge sollte man glauben, die Arbeiter würden in Massen der Organisation zustimmen. Leider ist das Interesse der Arbeiter für allerlei Minimum-Verträge eine rege, nur nicht für gewerkschaftlichen Zusammenschluß.

Aus diesem letzten Vorgehen der Unternehmer werden die Arbeiter wohl die Notwendigkeit der Gewerkschaft erkennen und die Lehre beherzigen, daß es besser ist, die notwendigen Opfer für seinen Stand zu bringen, sich dadurch günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, oder zu erhalten, von den anderen Vergünstigungen ganz abzusehen, als sein lauer verdientes Geld in bösen Vergnügungen zu verpulvern, dabei seine Arbeitsverhältnisse verschlechtern und seine Gesundheit zu ruinieren.

Deshalb, ihr Arbeiter von Schwerte und Umgegend, schließt euch dem christlichen Metallarbeiter-Verbande an, wo eure Interessen gewahrt werden.

J. A.

Aus dem Nassauer Lande.

Auch in unserem schönen Nassauer Lande beginnt man allmählich einzusehen, daß es so, wie bisher nicht mehr weiter gehen kann. Man wird sich auch unter der Arbeiterchaft bewußt, wenn wir unsere Lage verbessern, unsern ganzen Stand heben wollen, daß auch dann die Arbeiterchaft ihre bisherige Gleichgültigkeit beiseite werfen muß und mitarbeiten an der Besserung ihrer allgemeinen Verhältnisse. Daß diese einer Besserung dringend bedürfen, daß nach außerordentlichen Schwierigkeiten zu überwinden sind, um mit altem, der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr entsprechenden Anschauungen aufzuräumen, bedarf keiner Frage. Ein klassisches Schmelzbeispiel von den alten veränderten, ja man möchte sagen vor sich liegenden Ansichten manche Leute im Nassauer-Ländchen bietet ein Zeugnis, daß jüngst ein Herr Bürgermeister einem unserer Kollegen ausgestellt hat. Des besseren Verhältnisses halber sei kurz folgendes bemerkt: Ein Mitglied unseres Verbandes, Schlosser von Beruf, wollte in einem staatlichen Betrieb in Arbeit treten, um späterhin dort angestellt zu werden. Zu diesem Zweck mußte er ein Führungsattest seiner Ortsbehörde beibringen. Er wandte sich daher an das Oberhaupt seines Dörfchens und dieser schrieb, (es wird gebeten, nicht zu lachen) das Folgende:

Becheinigung.

Dem Herrn von hier wird hiermit becheinigt, daß er ein ganz unzuverlässiger Arbeiter und verkommener Mann ist.

., 19. August 1906,

Der Bürgermeister.

(Siegel) folgt Namen.

Mit solchem Zeugnis sollte unser Kollege gehen, um im Staatsdienst beschäftigt zu werden. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß man nicht einmal einen Säubirten auf Grund eines solchen Schriftstückes anstellt, viel weniger die preußische Verwaltung einen Arbeiter.

Jede weitere Betrachtung würde die Wirkung dieses „geistreichen Produkts“ abschränken, nur eine Frage: Kann ein Dorfbürgermeister sich ein Urteil über die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eines gelehrten Facharbeiters erlauben? Zum besseren Verständnis muß auch noch bemerkt werden, daß der betreffende Schlosser noch keine Polizeistrafe gehabt hat!

Auf einem anderen Werk in unserem Ländchen da ist es ein Herr Ingenieur, der seine Arbeiter mit wunderhübschen Namen belegt, die der gute Mann aus dem Tierreich entlehnt hat. Zum Beispiel waren eines Tages eine Anzahl Leute damit beschäftigt, einen Wagen zu schieben, was nicht recht gelingen wollte. Da meinte der Herr: „Ich will Euch mal ein wenig Ochs mal schieben“, damit meine er natürlich die ihm unterstellten Arbeiter. Ein anderer Kollege wollte aus dieser Gesellschaft heraus, er hatte gekündigt, da sagte der Abteilungschef dem Manne: Er möge ihm doch einmal etwas anbringen, man müde also den Arbeitern zu, an ihren Wärdern, die gewisse schon drangsaliiert und geknechtet werden, noch zum Verräter zu werden! Ueberhaupt scheint der Herr Abteilungschef streng militärischen Ansichten zu haften, denn kein

Ist unsere früher gemachten Angaben bestätigt, der Fall sei ihm deshalb an dieser Stelle für die Mitbewertung extra ausgesprochen.

Damit glauben wir nun diese Angelegenheit in Herrn Fäcker in kollegialer Weise erledigt zu haben und wollen deshalb seinen galligen Erguß der „Metallarbeiterzeitung“ durchschöpfen lassen.

Die Kampfesart der Berliner Fachabteilungen.

Am Berliner „Arbeiter“, dem Organ der katholischen Fachabteilungen, und in einigen schlesischen Blättern hieß es vor einiger Zeit in einem Bericht über eine christliche Gewerkschaftsversammlung in Oppeln, der schlesische Bezirksbeamte des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Stoger, habe den Präses des Oppelner katholischen Gesellenvereins durch die Polizei aus dem Lokale auszuweisen versucht, demselben „Falschheit“, „Unehrlichkeit“ vorgeworfen usw. Zur Klarstellung wird der Kölnischen Volkstimung geschrieben:

„Die christlichen Gewerkschaften hatten schon seit längerer Zeit in Oppeln eine Zahlstelle. Für den 14. August war für dieselbe eine Mitgliederversammlung anberaumt. Am schwarzen Brett des dortigen katholischen Gesellenvereins war an demselben Tage folgendes angeschlagen: „Es ist den Herren Geistlichen zu Ehren gekommen, daß heute Abend eine Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften gegründet werden soll, wobei sich auch Mitglieder des Gesellenvereins beteiligen wollen. Die Herren sehen darin ein Vorgehen der (!) von ihnen vertretenen Arbeiterinteressen und rate ich entschieden von einem Beitritt zur Gewerkschaft ab. Es erzeugt auf jeden Fall böses Blut und werden die Herren, die sich der Sache angenommen, dies auch zu hören bekommen. Im Auftrage des Herrn Präses: N. N., Senior.“ Die Mitglieder des katholischen Gesellenvereins, die zum Teil den christlichen Gewerkschaften angehören, suchte man also vom Versammlungsbezug abzuhalten, während der Präses des Vereins 15-20 Fachabteilungsanhänger und die Arbeitersekretäre Bull (Breslau), Scholz (Gleiwitz) und Vatta (Katibor) der ausgegebenen Weisung zuwiderhandelten und selbst die Versammlung besuchten. Man beachte, worauf es ankommt, es war eine Mitgliederversammlung der christlichen Gewerkschaften. Die in der Mehrzahl sich befindlichen Fachabteilungsanhänger wählten auf Betreiben Bulls gegen den Willen des Einberufers und Leiters der Versammlung Scholz zum Vorsitzenden. Stoger verbat sich diese Vergewaltigung und fandte zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Polizei. So verhält es sich mit der „polizeilichen Ausweisung“ des Gesellenpräses.“

Dieses Vorkommnis, so schreibt dieselbe weiter, bildet wieder einen traurigen Beitrag zur Kampfesweise der Herren vom Berliner Verbande. Von christlicher Gewerkschaftsseite wurde den Fachabteilungen noch niemals ein Lokal abgetrieben, was umgekehrt im Saarrevier und Schlesien schon zu duzenden Malen geschehen ist. Die Sekretäre des Berliner Verbandes legen einen unbefehrbaren Fanatismus an den Tag und sprechen allen, die sich gegen sie wenden, den „wahren Katholizismus“ ab. Die „friedliebenden Berliner“ brauchen nur dreierlei zu tun, um ein erträgliches Nebeneinander herbeizuführen: 1. Es darf kein Einfluß von kirchlicher Seite geübt werden, um vor den christlichen Gewerkschaften und dem Besuch der christlichen Gewerkschaftsversammlungen zu warnen. 2. Die Fachabteilungsanhänger haben die Störung christlicher Gewerkschaftsversammlungen zu unterlassen. 3. Verdächtigungen gegenüber den katholischen Mitgliedern christlicher Gewerkschaften, insbesondere hinsichtlich ihrer religiösen Gesinnung, haben zu unterbleiben. Wenn das positive Programm des Berliner Verbandes so zugkräftig ist, wie es der Berliner Arbeiter häufig darstellt, sollte man meinen, daß in die Agitation auf die erwähnten, durchaus unzulässigen Hilfsmittel verzichtet werden könnte. Die christlichen Gewerkschaften würden den Ergebnissen einer Agitation auf rein sachlicher Grundlage mit der größten Ruhe entgegensehen.

Da die Berliner sich immer als die gekränkte Aufschuld aufspielen, in Schlesien und im Saarrevier vorwiegend ihr Unwesen treiben, haben gerade wir Metallarbeiter toppesten Grund, auf unserer Seite zu sein und jener Sippe mehr als bisher auf die Finger zu klopfen.

Arbeiter darf mit einem andern innerhalb des Betriebes sprechen. Solcher Sachen gibt es noch eine ganze Menge, doch wollen wir für heute den Raum unseres Blattes nicht zu sehr in Anspruch nehmen. Wir sehen also, was man alles unseren Arbeitern zu bieten magt und unsere Leute sind stellenweise in einer solchen Furcht, daß sogar kürzlich ein Former nach einer Besprechung den Referenten fragte, ob er erst die Erlaubnis des Fabrikbesizers haben müsse, wenn er sich organisieren wolle. Wir haben hier die Behandlung der Arbeiterschaft des hiesigen Bezirks kurz skizziert, und sehen, daß diese viel zu wünschen übrig läßt, wollten wir mal die Verhältnisse auf den einzelnen Werken einer eingehenden Betrachtung unterziehen, was würde da nicht alles herauskommen. Besonders wird von manchen Stellen über die Schlafhäuser, nicht das Beste berichtet und wollen wir den Herren Beamten anempfehlen, lieber da mal erst ihre Fürsorge anzubringen, statt den Arbeitern das Recht der Organisation zu erschwe- ren. Die Lohnverhältnisse lassen auch noch viel, sehr viel zu wünschen übrig. Die Arbeitszeiten von 11, 11½-12 Stunden und noch länger sind etwas alltägliches, von einer ordentlichen Mittagspause stellenweise keine Spur, geschweige denn Frühstück- und Pausenpause. Kollegen, sollen diese Zustände gebessert werden, wollt ihr anständige behandelt werden, dann greift zur Selbsthilfe, dann schließt Euch zusammen in Berufsverbänden, tretet ein in den Christl. Metallarbeiterverband, organisiert Euch in leistungsfähigen Zentralverbänden und nicht in Zwitterverbänden, wie der Siegerländer Lokalverein, der Berg und Sittener Arbeiter. Was hat dieses Verbändchen bis heute für Euch geleistet; nichts, rein gar nichts. Immer tiefer hat er Euch ins Elend hineingeführt, ja, sogar als Unternehmertruppe hat er sich aufgeführt, und anderen Organisationen in den Rücken gefallen, die bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen wollten. Arbeiter, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Wahlen zum Reichsversicherungsamt.

Bei den Wahlen der Arbeitnehmer-Vertreter für das Reichsversicherungsamt siegte, wie das „Reich“ berichtet, in der Abteilung „Landwirtschaft“ die christlich-nationale Liste über die bisher siegreiche sozialdemokratische. Die Wahlen sind in den übrigen Abteilungen noch unbekannt. Das Resultat bedeutet einen erfreulichen Sieg der christlichen Arbeiter.

Streiks und Lohnbewegungen.

Hagen. Klempner in Lohnbewegung eingetreten.
Machen. Auf der Hütte „Rote Erde“ Streik und Aussperrungen ausgebrochen.

Duisburg. Rittlingswerk G. m. b. H. Streik aus.
Bonn. Die Schmiedegesellen in Streik getreten. Die Schmiedemeister Nachmann und Krieger haben den vorgelegten Tarif unterschrieben. Diese Betriebe sind also nicht mehr gesperrt.

Gustkirchen. Bei der Firma Josef Mayla, Luruswagenbauerei sind Differenzen ausgebrochen.
Kassel. Streik der Klempner.
Burger Hütte (Dillkreis) Streik der Former.

Kaiserslautern. Eisenwerk Kaiserslautern Streik ausgebrochen.

Offenbach. Streik und Aussperrung der Gürtler und Metallwarenbranche.

Kattowitz (Oberschlesien). Differenzen sind bei der Firma Werdes, Armaturenfabrik und Phosphorbronze-gießerei, ausgebrochen.

Köln. Bei Schlossermeister Schmilling, Altstadenstraße 27, Differenzen. Zureichende Gesellen werden in ihrem Interesse ersucht, erst bei der Ortsverwaltung anzufragen.

Zuzug ist fernzuhalten!

Schönebeck. Streik in den Bestradwerk „Metallindustrie“-Schönebeck beendet.

Kollegen,

Bezahlt pünktlich die Beiträge, damit unser Unterhaltungsanspruch nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. Oktober der zweihundvierzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 14. Oktober bis 21. Oktober 1906 fällig.

Ortsverbände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Berlin. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat in Berlin infolge der Waiseier eine große Einbuße an Mitgliedern zu verzeichnen. Besonders ist dies in den Betrieben der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin und Oberschöneweide der Fall. Viele Arbeiter, die sich durch den Waiseierernstern bedrückt fühlen, haben infolge der Aussperrung nicht nur den 1. Mai, sondern auch noch die Monate Juni, Juli und August feiern müssen. Wie groß dadurch die Mißstimmung bei den Arbeitern geworden ist, zeigt der Umstand, daß zu Werkstätt-Versammlungen, die vor dem 1. Mai großartig besucht waren, heute nur noch sehr wenige erscheinen. Die Arbeiter haben, durch die Folgen der Waiseier belehrt, eingesehen, daß die von den sozialdemokratischen Führern und ihrer Presse gepriesene Macht der Sozialdemokratie Schwindel ist. Der Metallarbeiterverband fängt, wie es scheint, jetzt auch an anzusehen, daß er durch seine alte Agitationsmethode — das Betonen seiner Macht — Fiasco macht, er versucht die Agitation jetzt auf andere Art. Am Sonntag den 16. v. Mts. waren für die Arbeiter des Kabelwerks Oberspree, auf welchem 6000 Arbeiter beschäftigt sind, mehrere Werkstättversammlungen einberufen. Einige dieser Versammlungen mußten wegen Fehlens der Besucher ausfallen. Im Lokal Haffelwerder waren indes ganze 22 Personen erschienen. Im Wohlgefühl der Scham über das nach dem 1. Mai Erlebte, sprach der Referent Behrenbeck nicht über die Kraft des roten Metallarbeiterverbandes, sondern über das Thema: „Die Arbeit als Förderer der Kultur.“ Aus der zu Tage geförderten Weisheit sei erwähnt, daß nach Behrenbeck der Mensch zum Tierreich gehöre, daß die Menschheit sich einen Gott gemacht und diesen mit Dogmen umlegt habe. Spinoza habe gesagt, wenn er einen Gott anerkennen wollte, dann könnte dieser nur die Materie sein. Ueber Götterglaube und Dogmen schreite die Zeit hinweg usw. In der Diskussion sprach sich auch der Führer der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften, Weisk, im Sinne des Referenten aus. Früher habe das Christentum durch Irrenmehlei die Menschen ausgebeutet. Auch heute noch seien in Deutschland die Kirchen die Skorpione und Blutsauger des Volkes. Ein höheres Wesen — Gott — gebe es nicht. Der Mensch sitze auf Erden und sei das höchste Wesen. Eine christliche Wahrheit kenne er nicht. Koll. Minter, Beamter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, erklärte durch Hinweis auf die wunderbare und sinnvolle Organisation der Natur und des Menschen selbst, daß unbedingt und vernunftgemäß ein höheres persönliches Wesen, Gott, als Schöpfer angenommen werden müsse. Alles das, was die Redner angeführt hätten, spreche mehr für, als gegen den Gottesglauben. Wenn die Versammlung etwas bewiesen hat, dann das, daß von den Sozialisten wie auch von den Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften offen der Kampf gegen das Christentum betrieben wird. Mögen die christl. Arbeiter die Gefahr erkennen, und die Augen offen halten. Christl. Metallarbeiter! Für Euch kann nur die christl. Organisation in Frage kommen.

Sildesheim. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die vom hiesigen Ortskartell der Christlichen Gewerkschaften einberufen war, fand am Sonntag, den 23. Sept., im evangelischen Vereins Hause statt. Die Versammlung erfreute sich eines starken Besuches und wurde um 3 Uhr vom Kollegen J. Eggeling eröffnet. Im 1. Punkt erhielt Gewerkschaftssekretär Frede, Frankfurt a. M. das Wort zu einem Vortrag, über das Geheimprotokoll von der Konferenz der Generalkommission der freien Gewerkschaften mit dem sozialdemokratischen Partei-Vorstand. Redner griff zunächst auf die bei dem im vorigen Jahre in Köln abgehaltenen Kongreß der freien Gewerkschaften innerhalb der sozialdemokratischen Partei zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten in der Waiseierfrage, und den Widerspruch der auf dem Kongreß und Parteitage zu Jena bezügl. des Generalstreikes gefaßten Resolutionen zurück, und führte einige abfällige Kritiken des Generalstreikes seitens der sozialdemokratischen Partei-Vertreter an. Dann wandte sich Redner der Besprechung des Geheimprotokolls zu, dessen Veröffentlichung gezeigt habe, daß viele Führer der sozialdemokratischen Partei über die Gewerkschaftsbewegung einfach zur Tagesordnung übergehen. Referent beleuchtete dann die Verhandlungen der Berliner Konferenz an Hand der Zeitungsstimmen und des Protokolls. Er streifte auch die von seiten der Führer der freien Gewerkschaften laut gewordenen Klagen, daß ihnen vom sozialdemokratischen Parteivorstand die Arbeit erschwert würde. Wenn die freien Gewerkschaften nach dem Beispiele der christlichen die Politik aus dem Spiele stellen, und sich nur auf den Boden der wirtschaftlichen Interessen stellen wollten, dann würde die Arbeiterzerplitterung nicht eintreten. Daß aber heute die freien Gewerkschaften nur zu einer Rekrutenschule der Sozialdemokratie

geworben sei eine bekannte Tatsache. Auf dem Parteitage in Mannheim wird es sich wieder zeigen, wie sie vor der Partei zu Kreuze kriechen. Mit dem Hinweis, daß nach mutigem Kampfe den christlichen Gewerkschaften die Zukunft gehört, schloß der Referent sein mit stürmischem Beifall aufgenommenes zweistündiges Referat. In der Diskussion hierauf ergriff zuerst ein freier Gewerkschaftssekretär Weiß das Wort. Dieser meinte, daß die Ausführungen des Referenten die Reise von Frankfurt nach Sildesheim nicht wert gewesen seien. Auf diese Weisheit erhielt er von roter Seite, die ziemlich stark vertreten war, radaufwärtigen Beifall, sodaß der Leiter der Versammlung drohte, vom Hausrecht Gebrauch zu machen. Dann faßelte der freie Sekretär, daß es eine wirtschaftliche und politische Bewegung in der Gewerkschaft geben müsse, und daß Meinungsverschiedenheiten bei der großen Masse nicht zu vermeiden seien. Sodann nahm Arbeiter-Sekretär Blauf von hier das Wort und betonte, wenn der Referent nicht nötig gehabt hätte, um solch ein Referat von Frankfurt nach hier zu kommen, so hätte auch obiger Sekretär Weiß nicht nötig gehabt, von seinem Platz auf's Nebenerpult zu steigen. Was die Zweiteilung innerhalb der freien Gewerkschaft betreffe, so solle man sich doch davor hüten, heides in einen Topf zu werfen. Die Entwicklung der freien Gewerkschaft habe gezeigt, daß auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege eine einige deutsche Arbeiterbewegung nicht zu erreichen sei. Aus ihren Fehlern hätten die christlichen Gewerkschaften gelernt, alles aus der Bewegung heraus zu lassen, was die gesunde Entwicklung hemme. Redner kam dann auf das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und freier Gewerkschaft zu sprechen, das auf dem Gewerkschaftskongreß zu Köln so rührenden Abschluß gefunden hätte. Mit einem Apell an die christl. Gewerkschaftler, sich nicht durch Geschrei der „Genossen“ bedrücken zu lassen, schloß der Redner. Sodann meldete sich Genosse Owers, um zu erzählen, daß das Protokoll die Dessenlichkeit nicht zu scheuen brauchte. (Hör, hört, und weshalb fordert der „Volkswille“ von Hannover sämtliche Genossen auf, zu der Versammlung frühzeitig zu erscheinen? Doch sicher deshalb nur, um die Versammlung zu sprengen, was auch von Genossen am Tage zuvor in den Fabriken öffentlich gesagt wurde.) Bezügl. der Gewerkschaftsfrage meinte er, die Arbeiter würden allein an den Erfolgen der Christlichen verzweifeln, und schließlich doch zu den Freien übergehen. Weiter wurde von ihm betont, Partei und Gewerkschaft seien aufeinander angewiesen und die Arbeiterinteressen vertrete nur die Sozialdemokratie. Er schloß mit den rührenden Worten: „Meinetwegen könnt ihr Euch christlich schmoren lassen, wir kämpfen weiter.“ Diese Ausführungen kritisierte Gewerkschaftssekretär Frede in treffender Weise. Kollege Jünemann bewies hierauf den freien Diskussionsrednern, daß sie nur an der Schale des Vortrages herum genagt hätten, aber an dem eigentlichen Kern hätten sie sich nicht getraut. Als plötzlich die Genossen wieder Nabaun schlugen, brachte Kollege Jünemann ein Hoch auf die christlichen Gewerkschaften aus, was den Nabaun der Genossen wesentlich überhöhte. Alsdann kam Genosse Känich, welcher ausführte, das Thema hätte mit der Gewerkschaft nichts zu tun, und zog für seine weiteren Ausführungen den Arbeiterkatechismus und den Kölner Holzarbeiter-Streit herbei. Auf seine Bemerkung, das man bei den Christlichen die Evangelischen überginge, führte Kollege Blauf den Gegenbeweis an, daß wir in Sildesheim gerade einen evangelischen Kollegen an der Spitze der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen haben. Dieses wollten unsere roten Brüder aber nicht hören und verließen den Saal, ohne sich weiter zu rechtfertigen. Gewerkschaftssekretär Frede wies in seinem Schlußwort verschiedene, seitens der Gegenpartei gemachte Vorwürfe zurück, und legte dar, auf welchem Wege die christlichen Gewerkschaften zum Ziel gelangen müssen. Nur auf dem Boden des Christentums sei es möglich, geordnete Zustände für sämtliche Gesellschaftsklassen zu schaffen. Deshalb gehört den christlichen Gewerkschaften die Zukunft. Hierauf wurde mit brausendem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung die herrliche Versammlung um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Bremen. In unserer letzten gut besuchten Versammlung erstattete der Vorsitzende Bericht über die Generalversammlung in Aachen. Redner entwarf einen kurzen Rückblick über die Entwicklung unseres Verbandes seit der letzten Generalversammlung in Offenbach. Besonders erläuterte derselbe die Unterstützungsätze, welche der Verband in letzter Zeit eingeführt hat. Mit Bewunderung vernahm die Versammlung die bedeutende Vergrößerung der Mitgliederzahl und den günstigen Stand der Kassenverhältnisse. Zum Schluß forderte Redner die Anwesenden auf, fleißig für den Verband weiterzuarbeiten, damit zur nächsten Generalversammlung ein gleiches Resultat erzielt werde. Es waren einige Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Der weitere Punkt der Tagesordnung war die Erhöhung des Wochenbeitrages. Hierzu wurde von einigen Kollegen darauf hinawiesen, daß uns in Zukunft wohl schwere und große Kämpfe bevorstünden. Es empfahl sich daher, schon bei Zeiten für eine gefüllte Kriegskasse zu sorgen, damit wir wohlgeratet den Kampf aufnehmen könnten. Es wurde der Antrag, den Wochenbeitrag auf 60 Pf. zu erhöhen, einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, pro Quartal 2 Lokalmarken zu fleben.

Nun, Kollegen von Bremen, durch diesen einstimmigen Beschluß ist der Beweis erbracht, daß auch wir tatkräftig mitarbeiten wollen, an der Ausbreitung unseres Verbandes. Nun zeigt auch Opferwilligkeit, damit wir hier unsere starken Gegner erfolgreich gegenüber treten können. Besonders bezieht zahlreicher wir: bisher die Versammlungen, denn nur hierdurch kann man sich schulen zu seinem eigenen Nutzen.

Würzelen. Am 16. September hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Generalversammlung ab. In Erwartung eines starken Besuches mietete der Vorstand ein bedeutend größeres Lokal. Dem Rufe des Vorstandes folgten zirka 500 Kollegen und Kolleginnen. Zwar konnte man angesichts der Sturmbelegten Zeit eine noch größere Zahl Besucher erwarten.

Die Delegierten, Kollege Schwarz und Schümmer erstatteten ausführlich Bericht von den Verhandlungen des Verbandstages in Aachen. Die Versammlung nahm unter lebhaftem Beifall Kenntnis von der inneren Befestigung und dem großen Aufschwung unseres Verbandes nach außen. Im weiten Verlaufe unserer Tagesordnung sprach Kollege Schümmer über: die Kämpfe und Bewegungen im hiesigen Bezirk. Redner erwähnte kurz den Kampf der chemischen Fabrik, welcher mit einem vollen Erfolge der Arbeiter endigte.

Redner sprach ferner von dem Kampfe auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“. (Streik und Aussperrung.) Dort sind die drei Verbände beteiligt und sind bis jetzt gemeinsam vorgegangen. Den Genossen scheint dieses nicht recht zu passen. In einer entlegenen Ecke Würzelens ist es ihnen gelungen, eine „Gewerkschaftsversammlung“ abzuhalten. Zur Tagesordnung stand! Der Kampf auf „Rote Erde“. Statt dessen leistete sich Genosse Hohnrath (Aachen) sog. Redakteur der N. Ztg. in Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen das Christentum, Zentrum und kath. Volksverein. Ein christl. Arbeiter, welcher auf dieses zu erwidern suchte, wurde ebenfalls in der erbärmlichsten Weise beschimpft. (Und dieselben Genossen predigen im benachbarten Bardenberg eine Verharmelung der beiden Bergarbeiterverbände.) Aus dem hier Gesagten können unsere christlichen Arbeiter zur Genüge ersehen, wo der Platz für sie ist. Wir werden auch jederzeit unseren Mann stellen, um dem Vordringen der roten Schimpfhelden in Würzelen einen Damm entgegen zu stellen.

Zum Schluß unserer Versammlung begründete Kollege Schwarz die Notwendigkeit eines starken Lokalfonds. Besonders der Streik in der chemischen Fabrik habe uns die Vorteile eines solchen gezeigt. Noch jetzt seien wir in der Lage, den noch Arbeitslosen neben der statutarischen Unterstützung, Extrazuschläge zu gewähren.

Da uns in Zukunft noch schwerere Kämpfe bevorstehen und die Kollegen von der Notwendigkeit der Lokalfonds überzeugt sind, werden deren Einführung in nächster Zeit voraussichtlich keine großen Hindernisse im Wege stehen.

Mit einem Hoch auf das Gedeihen unserer christl. Bewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen. Den Kollegen konnte noch die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß unser Vorsitzender wieder aus der Haft entlassen ist.

Offentlich wird die Inhaftierung unseres Vorsitzenden im Parlament zur Sprache gebracht werden.

Witten. Am Sonntag, den 17. September fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Zahlung der Beiträge und Verlesung des Protokolls sollte die Wahl eines neuen Zeitungsboten getätigt werden. Kollege Becker-Gellenkirchen, der zufällig anwesend war, sprach sich gegen einen Zeitungsboten aus. Wenn derselbe 4 Wochen die Zeitung gebracht habe, sei derselbe es leid und dann ständen die Kollegen vor derselben Tatsache wie heute. Denn für einen Boten sei der Bezirk zu groß und wohnen die Kollegen zu weit auseinander. Kollege Becker fordert die anwesenden Mitglieder auf, daß sich Mitglieder freiwillig als Vertrauensmänner melden sollten, die das Organ besorgen und zugleich die Beiträge einsammeln können. Es meldeten sich auch sofort 3 Kollegen, die unentgeltlich das Organ besorgen wollten. Dieselben haben damit gezeigt, daß sie sich auch praktisch an der gewerkschaftlichen Arbeit beteiligen wollen. Auch bedeutet dieses eine Stärkung unserer schwachen Lokalkasse. Nach einigen Ausführungen und Aufmunterung des Vorsitzenden Kollegen Kostermann wurde die Versammlung gegen 1/2 1 Uhr geschlossen. Einige Worte seien noch an die Kollegen von Witten

gerichtet. Kollegen besucht fleißig und pünktlich die Versammlung und studiert das Organ gründlich. Dann aber auch müssen sich dieselben mehr wie bis jetzt an der Werbung neuer Mitglieder beteiligen. Ein jeder muß immer und überall seine Aufnahmefähigkeit zur Hand haben, um im gegebenen Augenblick die Kollegen sofort aufnehmen zu können. Am Schlusse des Jahres müssen wir sagen können, die Mitgliederzahl hat sich verdoppelt. Wenn jeder Kollege auch nur ein einziges Mitglied aufnimmt, so haben wir dieses Ziel bald erreicht. Sieht man sich die Verhältnisse auf den hiesigen Werken an, so sollte man meinen, ein jeder Kollege käme selbst auf den Gedanken sich zu organisieren. Vorwärts muß die Parole sein für alle Kollegen, denn Stillstand bedeutet Abgang. Hoch der christl. Metallarbeiterverband.

Werden (Ruhr). Unsere Sektion hielt am Sonntag, den 23. September ihre monatliche Versammlung ab.

Kollege Schirm-Essen hielt einen Vortrag über das Thema: Warum gründeten die Arbeiter christl. Gewerkschaften? In seinem 45minütigen Vortrag beleuchtete Redner die falschen Grundsätze der soziald. und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, wodurch keine praktischen Erfolge für die Arbeiter zu erreichen seien. Christentum und soziale Frage gehörten zusammen, und nur auf dem Boden des Christentums sei die Lage des Arbeiters zu verbessern. Aus diesem Grunde seien die christl. Gewerkschaften gegründet worden.

An diesem Vortrag schloß sich eine lebhaftere Diskussion, an der sich auch unser Vorsitzender mehrere Male beteiligte.

In seinem Schlusswort ermahnte der Referent die Kollegen, in der Agitation nicht zu erlahmen, und das Gehörte hinauszutragen in die Reihen der Arbeiter, besonders aber in die indifferente Masse, damit die Vorurteile gegen die christl. Gewerkschaften bald ganz beseitigt werden.

Der Vorsitzende richtete zum Schluß noch ein ernstes Wort an die Werdenener Kollegen, daß in einer so bewegten Zeit fast in jeder unserer Sektionsversammlungen von seitens des Vorstandes der schlechte Versammlungsbesuch gerügt werden muß. Die Kollegen glauben offenbar mit dem Beitragszahlen ihre Pflicht als Gewerkschaftler getan zu haben. Dem ist aber nicht so. Als Gewerkschaftler haben wir vor allem die Pflicht, die Monatsversammlungen zu besuchen, zumal es im ureigensten Interesse der Kollegen liegt. In den Versammlungen werden Vorträge gehalten, aus denen wir lernen können, und sollen, um an dem großen Kampf zwischen christlicher und antichristlicher Weltanschauung teilnehmen zu können. Auch wir wollen zeigen, durch Versammlungsbesuch und Schulung den Ernst der Zeit erfassen zu haben. Die Versammlung ist auch der Ort, wo jeder Kollege seine Wünsche und Beschwerden vorbringen und über Mißstände in den Betrieben sprechen kann, zumal ja die Verhältnisse in Werden keine rosigten sind.

Hoffentlich wird in der nächsten Versammlung, welche am Sonntag, den 14. Okt., 11 Uhr, bei Kimmekamp stattfindet und in der Bericht über unsere Generalversammlung in Aachen erstattet wird. Kein Werdenener Kollege darf fehlen. Auf zur Versammlung. H. Sch.

Flensburg. Eine Anzahl unserer Kollegen scheint zur Zeit sich ihrer Pflicht als christlich organisierter Metallarbeiter nicht mehr bewußt zu sein! Insbesondere gegenüber dem alten Schlenbrian der Versammlungsbesucher. Es ist deshalb unsere Pflicht, solche schlummernden Kollegen einmal mittels unseres Organs aufzuwecken und wachzurütteln, denn eine Zahlstelle wie Flensburg mit annähernd 200 Mitgliedern und mit genauer Not trotz aller energischen Aufforderungen nur gewissermaßen 70 bis 80 anwesend; daß ist doch wohl ein bißchen sehr wenig. Die betreffenden Kollegen scheinen sich ihrer Lage überhaupt nicht genügend bewußt oder müssen ihre wirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse die denkbar rosigsten sein.

Kollegen von Flensburg und Umgegend, wenn es jemals eine Zeit gegeben hat, die zum Denken Anlaß gab, so ist jetzt wohl der rechte Augenblick vorhanden, um über vergangene Zeiten, über die bestehende Mängel und Verhältnisse auszusprechen und nicht, wie es oft üblich, auf den Arbeitsplätzen aufeinander loszufahren. Die betreffenden Kollegen möchten nur den jetzt verflochtenen Verstrick sich vor die Augen halten, da waren sich die Kollegen ihrer Organisation bewußt und erschienen zu den Versammlungen, weil sie gewissermaßen genötigt

waren zu erscheinen. Aber jetzt, wo alle Kollegen bewußt und die schweren Gewitterwolken sich verzogen haben, greift der alte Schlenbrian wieder um sich. Kollegen! besucht die Versammlungen pünktlich Mann für Mann und die Mißstände können dann gemeinschaftlich besser besprochen werden. Da bekommt man nun zeitweise die lakonische Antwort: wenn wir alle kommen wollten, wäre nicht genügend Platz vorhanden.

Ja, Kollegen, dem kann abgeholfen werden und ist zeitweise auch geschehen, aber immer ein und dasselbe Resultat: Flanheit.

Nun, Kollegen, ist uns noch ein Fall einer ganz butalen Rohheit von Seiten einiger Mitglieder des freien Metallarbeiterverbandes zur Kenntnis gekommen; wie die Leute unsere Mitglieder durch Redensarten und Bedrohungen, ja sogar Verweisung aus ihrer Arbeit bei der früheren Firma Reinhard und Meßner in den Weg getreten sind.

Seht Kollegen, solche Fälle können tagtäglich passieren und dem kann nur abgeholfen werden, wenn ihr die Versammlungen besser besucht und auf einen Posten seid.

Gelsenkirchen. Am Sonntag, den 23. September fand bei Dicks eine gut besuchte Versammlung der bestehenden Zahlstellen statt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten referierte unser Kollege Arbeitersekretär Bredemann über die Aachener Generalversammlung. Nachdem er in klarer, anschaulicher Weise ein Bild von den Verhandlungen gegeben, und überhaupt die Entwicklung des Verbandes in den letzten zwei Jahren geschildert hatte, befaßte er sich eingehend mit der Frage der Agitation. Er trat entschieden dafür ein, daß dieselbe mehr wie bisher grundsätzlicher Art sein müsse. Zuerst dürfe bei der Werbung von Mitgliedern bei den indifferenten Kollegen nicht der Eindruck hervorgerufen werden, daß, wenn sie vielleicht 5 Mark gezahlt, nun 10 Mk. wieder aus der Kasse holen könnten. Wird so agitiert, so folgt bei den urteillosen Mitgliedern die Enttäuschung sehr bald und die Folge ist eine starke Fluktuation. Vielmehr müsse immer in den Vordergrund gestellt werden, daß, wenn die Organisation ihre großen Ziele erreichen will, unbedingt Opfer gebracht werden müssen. Ferner müssen wir die Agitation in der Weise grundsätzlicher betreiben, daß wir sehr scharf die Richtlinien ziehen, die uns von den gegnerischen Organisationen und ihren Zielen trennen. Die hohe Bedeutung der sozialen christlichen Grundsätze muß den Mitgliedern vor Augen geführt werden. Sollte dann von sozialdemokratischer Seite wie jetzt bei den Bergarbeitern ein unehrlich gemeinter Einigungsrummel in Szene gehen, so werden unsere Kollegen gefestigt dastehen und wissen, wie sie sich demgegenüber zu verhalten haben. Redner schloß mit der Bitte um unermüdete Weiterarbeit seine sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen. In der nun einsetzenden lebhaften Diskussion war man einstimmig mit den Beschlüssen der Aachener Tagung einverstanden. In einer demnächstigen allgemeinen Vertrauensmännerversammlung wird über eine großzügige Agitation beraten werden. Sicherlich hat auch diese Versammlung dazu beigetragen, die Ideen unserer Mitglieder zu festigen und dieselben zu eifriger Weiterarbeit anzuspornen.

Disberg. Die Anregung unserer letzten Generalversammlung, die Ortsgruppen in den engeren Bezirken zu zentralisieren, haben wir hier durchgeführt. In der am 23. Sept. stattgefundenen Versammlung der beiden Ortsgruppen Disberg und Wigge hat die endgültige Verschmelzung stattgefunden. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: 1. Vorsitzender Josef Eitel, Hellmeringhausen, 1. Schriftführer Lorenz Tigges, Wigge, 2. Schriftführer Wilh. Körner I, Disberg, Kassierer Franz Stockhausen, Disberg, Nebstjoren Wilh. Bäder, Wigge, H. Köster, Disberg; Vertrauensmänner H. Kramer, W. Kerling, Jos. Burghoff, Wilh. Körner II, Wilh. Boldermülbecke für Disberg, Heinrich Gerke, Heinrich Kerling für Wigge. Die Versammlungen sollen abwechselnd in Disberg und Wigge stattfinden. Dann wurde beschlossen, vom 1. Oktober einen Sozialzuschlag von monatlich 10 Pfg. zu erheben, mehr war vorerst nicht zu erreichen. Hoffentlich werden wir mit Beginn des nächsten Jahres weiter gehen können. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zur eifrigen Agitation aufgefordert und den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern im Namen der Kollegen seinen Dank für die treue und eifrige Mitarbeit ausgesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

(Anmerkung der Red.) Die Generalversammlung in Aachen hat die Erhebung von Sozialzuschlägen dringend empfohlen und nun darf erwartet werden, daß alle Ortsgruppen dieser Anregung nach Möglichkeit Folge leisten. Unter 10 Pfg. wöchentlich sollte jedoch nicht beschlossen werden. Wenn die

örtlichen und Bezirksleitungen in der richtigen Weise darauf hinarbeiten, wird dieses auch überall möglich sein. Es darf niemals heißen: Es war vorerst nicht zu erreichen.)

Siegburg. Am hiesigen Schöffengericht wurde am Freitag, den 21. September, eine Beleidigungs-Klage seitens des Fabrikanten Alfred Koller gegen Kollege Döring-Döln zum Austrag gebracht. Bei der Bewegung auf der Rattunfabrik Siegfels soll sich Kollege Döring in Schlagworten beleidigend in öffentlichen Versammlungen geäußert haben, nach Auffassung des Polizeibeamten. 50 Mark Strafe wurde als hinreichend erachtet, die verletzte Ehre wieder herzustellen. Die Kämpfe, welche wir Arbeiter in Siegburg zu bestehen haben, sollten erst recht alle Kollegen veranlassen, fest und treu zur Organisation zu stehen. Und den noch fernstehenden Kollegen sei zugerufen: Metallarbeiter, hinein in den christl. Metallarbeiterverband.

Leipzig. In diesem Frühjahr eröffnete das Ortskartell christlicher Gewerkschaften einen Stellennachweis in der Herberge zur Heimat, Nr. 4, Arnstädterstraße 51. Es wurden im 1. Monat (Juni) 60 Stellen angemeldet. Stellensuchende waren 28, besetzt wurden 21 Stellen. Hauptsächlich gesucht wurden Schmiede, Tischler, Schuhmacher und Stellmacher. Allen Kollegen, die durch Leipzig reisen, werden hiermit auf den Stellennachweis aufmerksam gemacht. Geschäftszeit von 7—8 Uhr abends. H. Glätsche, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die Ortsgruppe Aachen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pfg. pro Woche ab 1. Oktober. Die Ortsgruppe Landshut erhält ebenso hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Sozialbeitrages von 5 Pfg. pro Woche ab 1. Oktober, die Ortsgruppe Käferthal von monatlich 10 Pfg. ab 1. Oktober. Die Nichtbezahlung der Extrabeiträge hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Der Vorstand.

Sterbetafel.



Essen. Es starb am 25. September der Kollege Johann Kommeswinkel.

Walstatt-Durbach. Am 22. September starb Kollege Ludwig Buchholz infolge eines Unfalles auf der Durbacher Hütte.

Triberg. Am 2. Oktober starb unser Kollege Laver Dold, Fabrikarbeiter. Ehre Ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Duisburg I.** Sonntag, 14. Oktober, vormittags 11 Uhr, Gewerkschaftshaus, Seitenstraße Tagesordnung: Beschlusfassung über Erhebung eines Sozialbeitrages und Quartalsabrechnung.
- Dinklage.** Samstag, 13. Okt., Abends 8 1/2 Uhr, Beschlusfassung über Erhebung eines Sozialbeitrages.
- Essen-Buttrop.** Sonntag, den 14. Oktober, morgens 11 Uhr, bei Staitrop.
- Essen-Werden.** Sonntag, den 14. Oktober, morgens 11 Uhr bei Kimmekamp.
- Essen-Stadt.** Sonntag, den 14. Oktober, morgens 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Essen-Rellinghausen.** Sonntag, den 14. Oktober, morgens 11 Uhr, bei Koehe.
- Essen-Rüttenscheid.** Sonntag, den 14. Oktober, abends 6 Uhr, bei Wallrei.
- Gelsenkirchen-Nenstadt.** Sonntag, den 14. Okt., Vormittags 11 Uhr, bei Ostermann, Dittlienstraße. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.
- Köln.** 20. September Glockauf-Palle, 9 Uhr, Generalversammlung.
- Misburg.** Sonntag, 14. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, in Maiers Garten, Versammlung. Keiner darf fehlen.
- Marit-Redwitz.** Samstag, den 13. Oktober Versammlung mit Vortrag.
- Münsterberg.** Vom 17. Okt. ab alle 14 Tage abends 8 Uhr Unterrichtsstunden im Gelsenhofspitz (Schwarzimmer). Die Kollegen müssen sich zahlreich beteiligen.
- Offenbach.** Alle 14 Tage Sonntag vormittags 11 Uhr bei Meier. Nächste Versammlung Sonntag, 21. Oktober. Vollständiges Erscheinen Ehrenamt.
- Reichling, Pfalz!** Am Sonntag, den 14. Okt. ds. J., von 11 Uhr beginnend, findet in Speyer eine christliche Gewerkschaftskonferenz für die Vorder-Pfalz statt. Verhandelt wird über die Mittel und Wege einer planmäßigen Agitation für die christlichen Gewerkschaften der Vorder-Pfalz. Anfragen sind zu richten an Joh. Eitel, Speyer, Krongasse 32.
- Schalke.** Sonntag, den 14. Oktober, vormittags 11 Uhr, bei Wegener.